

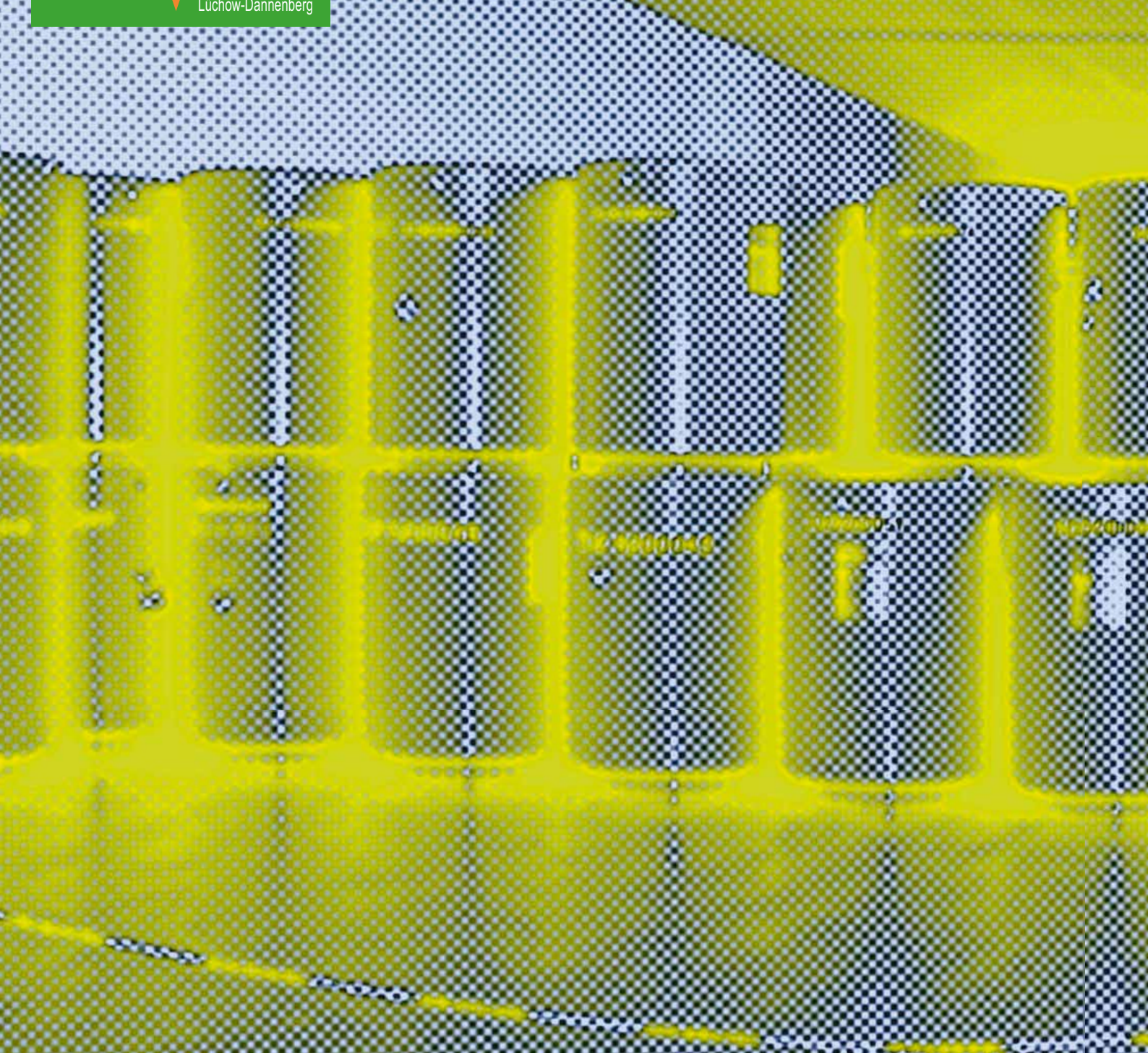


**Bürger
initiative**
Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg

Gorleben Rundschau

Wir sind die Wendeln: Energie • Klima • Mobilität • Gesellschaft

IX-X/2018 • # 1068



Zwischenlager

Die Genehmigungen für die Zwischenlager laufen ab Mitte der 2030er Jahre aus. Die Endlagerbehörde BfE sucht den Dialog darüber, wie die Zwischenlagerung gestaltet wird.

Atommüllwelle

Ahaus wird in den nächsten Jahren Ziel vieler Atomtransporte sein. Doch auch das zentrale Zwischenlager in NRW wird nur eine Station sein im großen Nuklearmüll-Geschiebe.

Zeitspanne

Öko-Institut kritisiert Bundesamt: „Die Machbarkeit einer Lagerung von strahlendem Abfall in Atommüllbehältern über eine Dauer von 40 Jahren hinaus ist nie geprüft worden.“

Grußwort

Wieder lauter werden!

Wenn ein Motto für das diesjährige e-Ventschau-Festival gut gepasst hätte: Lautstark gegen das Schweigen.

Gemeint ist ein Schweigen, das mittlerweile in vielen Bereichen unserer Gesellschaft bedrohlich anwächst. Auf den ersten Blick hat es wenig mit unseren Forderungen nach echtem Atomausstieg und wirksamer Prävention zu tun. Doch ein zweites Hinschauen zeigt: Die Debatten- und Konfliktkultur in diesem Land und die Methodik der öffentlichen Themensetzung sind derart im Umbruch, dass es Jede/-n interessieren muss. Allen voran uns, die wir wissen, dass nur Substanz im Diskurs differenzierte und nachhaltige Lösungen verspricht.

Sascha Lobo hat kürzlich gewarnt: „Wir schweigen die Extremisten an die Macht.“ Auch wenn er vorrangig an öffentliche Personen appelliert, endlich ihr Maul aufzumachen, so wird doch klar: Es ist auch das Schweigen der breiten Gesellschaft, die es ermöglicht, dass eine kleine, aber lautstarke Minderheit von Populisten und Rechtsextremen den Diskurs so bestimmt und vergiftet.

Gesellschaftsforscher sprechen von „Exit“ oder „Voice“ – den zwei Optionen, die wir haben, unserem Unmut über herrschende Verhältnisse Ausdruck zu verleihen: entweder sich einmischen und versuchen, etwas zu verändern, oder gehen und anderswo das Glück suchen.

Letzteres ist legitim, keine Frage. Aber wenn zu viele sich wegdrehen und ihren Mund halten, dann werden die Immerlauten sich und der Öffentlichkeit einreden, sie repräsentierten die Mehrheit. Mit unabsehbaren Folgen. Lassen wir es nicht so weit kommen. Empört euch!

Claus Leo

Mitorganisator e-Ventschau-Festival



Ein ungeheurer Sommer hat seine Spuren ins Land gebrannt. Was als „Jahrhundertsummer“ nach Sonne, Spaß und Freibad klang, hat tatsächlich Existenzen verbrannt, Landschaften entstellt und Stauseen ausgetrocknet. Dieselben Bauern, die letztes Jahr noch Trockenlegung von Feuchtgebieten und Kanalisierung von Quellbächen forderten, stellten dieses Jahr noch nicht einmal mehr Anträge auf tiefere Brunnenbohrungen, weil die Pumpenkosten den möglichen Mehrwert ohnehin weit überstiegen. Dass diese selbstgemachte Katastrophe nicht völlig unmittelbar bei uns ankommt, liegt allein daran, dass sich unsere Lebensweise weit von den Wurzeln unserer Existenz entfernt hat und unser Wirtschafts-



Martin Donat,
Vorsitzender der
BI Lüchow-Dannenberg

system darauf beruht, die negativen Folgen unseres Handelns und unserer Gier auf Schwächere und die Schwächsten zu verteilen. Während wir in Nordeuropa auf riesigen fossilen Wasservor-

räten sitzen und unser Essen ohnehin täglich aus aller Welt einfliegen lassen, saufen Menschen anderer Kontinente derzeit buchstäblich ab. Man muss kein langes Universitätsstudium absolviert haben, um zu begreifen: Wer Fluchtursachen bekämpfen und Verteilungskriege beenden will, muss fossile Energien und Atomkraft beenden. Es gibt nur eine vernünftige Forderung: Klimagerechtigkeit sofort!

Die gesellschaftliche Wirklichkeit im Lande dagegen lässt einen derzeit gruseln. Laut einer amerikanischen Wissenschaftlerin scheiterte die Weimarer Republik einst nicht an der häufig postulierten Schwäche der Zivilgesellschaft, sondern an deren Instrumentalisierung durch die Faschisten. Eine pluralistische und demokratische Zukunft mit einer fairen solidarischen Bewältigung der existenziellen Probleme kann also nur gelingen mit einer starken, zwar vernetzten, aber unabhängigen Zivilgesellschaft. Und wie die Wiese auch nach großer Dürre wieder aus ihren Wurzeln austreibt, ist es auch in diesem Herbst Zeit für neues Leben aus der Graswurzel. Sprießen Sie also! Ich hoffe, wir sehen uns im Herbstwind ...

Impressum

41. Jahrgang

Ausgabe 1068

September, Oktober 2018

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

Kontakt

Rosenstraße 20, 29439 Lüchow
Telefon: 05841-4684

Mail und Internet

service@gorleben-rundschau.de
redaktion@gorleben-rundschau.de
www.gorleben-rundschau.de

Ältere Ausgaben

Ältere Ausgaben können von unserer Website heruntergeladen werden.

Verantwortlich (V.i.S.d.P.)

Andreas Conradt (ac)
Torsten Koopmann (kp)
Adresse wie vorstehend

Redaktion

Wolfgang Ehmke (we), Birgit Huneke (bh),
Axel Kahrs (ak), Torben Klages (tk), Nora
Krohn (nk), Helga Wallat (hw)

Produktion

Layout: Andreas Conradt
Korrektur: Helga Wallat

Druck, Papier, Farben

dieUmwelt Druckerei GmbH, Hannover
Recyclingpapier: Circle Silk Premium White
Farbe: Flint-Novavit F 900 EXTREME BIO



Weitere Text- und Bildrechte

wie namentlich gekennzeichnet

Copyright, Syndication



Mit dem nebenstehenden Symbol gekennzeichnete Artikel stehen unter einer Creative-Commons-Lizenz (CC). Sie dürfen bei Nennung des/der Autor/-in mit dem Zusatz „/Gorleben Rundschau“ frei verwendet (BY) und für unkommerzielle Zwecke (NC) unter gleichen Bedingungen weitergegeben werden (SA). Die Texte können unserer Website digital entnommen werden.

ACHTUNG: Bildrechte liegen bei den angegebenen Quellen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben allein die Meinungen der Verfasserinnen und Verfasser wieder.

Urheber von Abbildungen, deren Quelle wir nicht ermitteln konnten, bitten wir freundlich um Kontaktaufnahme unter: redaktion@gorleben-rundschau.de



Birgit Huneke

www.Gorleben-Archiv.de

Unsere Geschichte

Atomkraft? Nein Danke. Die lachende Sonne ist wohl jedem Leser bekannt. Das Logo wurde in 55 Sprachen übersetzt und als Aufkleber, Button, auf Fahnen, Plakaten und Flugblättern durch die Welt getragen. Aber wer hat's erfunden? Es war die damals 22-jährige Studentin der Wirtschaftswissenschaften Anne Lund. Sie zeichnete im Frühling 1975 die Entwürfe im dänischen Aarhus. Etwa ein Jahr zuvor war die *Organisationen til Oplysning om Atomkraft* (OOA) – Organisation zur Aufklärung über Atomkraft – gegründet worden. Mit der Frage „Traust du der Atomkraft?“ sollte die Bevölkerung gegen den Bau von AKWs in Dänemark sensibilisiert werden.

Eines Abends trafen sich zwei der OOA-Aktivistinnen, Anne Lund und Søren Lisberg. Anne legte einige Entwürfe auf den Küchentisch. Es sollte ein Abzeichen sein, das nicht nur diejenigen ansprache, die sowieso mit Buttons herumliefen, sondern allgemein gern getragen würde. Es sollte hübsch sein, auch auf einem Damenmantel passen, freundlich, aber doch entschieden in der Aussage: „Nein Danke“. Die Sonne als Logo war klar, die Quelle jeglicher erneuerbaren Energie. Doch sollte es Atomkraft oder Kernkraft heißen? Pünktlich zur Kundgebung am 1. Mai wurden nach der Skizzenvorlage von Anne manuell 500 Buttons hergestellt – sie waren sofort vergriffen. Die endgültige Druckvorlage für Buttons und Aufkleber lag im Herbst 1975 vor. Heute wird das Sonnenlogo von Siegfried Christiansen aus Kopenhagen verwaltet. Die historisch richtige Entstehungsgeschichte, verfasst von Anne Lund im Mai 2011, liegt dem Gorleben Archiv e.V. vor. (bh)



Wendland

BI mit Anfrage erfolgreich

Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) hat in der aktuellen ersten Phase der Endlagersuche positive Nachrichten vom niedersächsischen Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) bezüglich der Würdigung von Kalibohrungen und hydrogeologischen Bohrungen im Wendland erhalten. Das LBEG habe der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) die Stammdaten aller Bohrungen übergeben. Die BI hatte in dieser Sammelphase hartnäckig auf Transparenz bestanden, zumal es im Raum Gorleben in der Zeit des Kaliefiebers vor rund 100 Jahren Tiefbohrungen gegeben habe und in den 50er- bis 70er-Jahren in Nord-Ost-Niedersachsen 150 hydrogeologische Bohrungen hinzugekommen seien. Das LBEG listet für den Ostkreis Lüchow-Dannenburgs allein rund 20 Bohrungen aus der Zeit des Kaliefiebers auf. BI-Sprecher Wolfgang Ehmke verweist darauf, dass einige dieser Bohrungen tief in mögliche Einlagerungsbereiche abgeteuft und danach gar nicht oder nicht sachgemäß verschlossen wurden: „Aus unserer Sicht ist der Salzstock Gorleben-

Rambow also längst verritzt. Hinzu kommen die Gasbohrungen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR und der Rudower See, ein Einbruchsee über dem Salzstock. Das sind alles Ausschlussgründe bei der Endlagersuche.“¹ Mit dem Zusammentragen von Daten hat kürzlich die erste Phase der Endlagersuche begonnen, um Teilregionen von vornherein ausschließen zu können. Unter anderem geht es bei Tiefbohrungen um die Frage, ob eine mögliche Endlagerformation „verritz“ ist, ob also Wasserwege existieren. Das wäre ein möglicher Ausschlussgrund bei der Endlagersuche, weil auf diesen Pfaden radioaktive Partikel in die Biosphäre gelangen können. (gr)

Recht

Kletteraktivistin gewinnt Prozess

Das Landgericht Stralsund hat sein früheres Urteil revidiert und die Ingewahrsamnahmen der Anti-Atom-Aktivistin Cécile Lecomte durch die Bundespolizei bei den Castortransporten nach Lubmin im Dezember 2010 und Februar 2011 für rechtswidrig erklärt. Die in Lüneburg lebende Kletteraktivistin hatte mit weiteren Robin-Wood-Aktivist/-innen in einem Baum kletternd gegen den nahenden Zug demonstriert und wurde von der Bundespolizei nach drei Stunden geräumt und erst nach acht Stunden in der Gefangenenensammelstelle wieder frei gelassen. Gegen diese Maßnahme hatte Lecomte bis vor das Bundesverfassungsgericht geklagt. Zwei Urteile vom Landgericht Stralsund wurden im Frühjahr 2017 wegen Verletzung des Gebots effektiven Rechtsschutzes aufgehoben und an das Landgericht zurückverwiesen, das nun zu Gunsten von Lecomte entschieden hat. „Die Atompolitik ist gegen den Willen der Menschen nicht ohne Grundrechtsverletzungen durchzusetzen. Wer seine Rechte verteidigen will, braucht einen langen Atem!“, so Lecomtes Fazit. ² „Rechtswidrige polizeiliche Maßnahmen bei politischen Protestaktionen sind die Regel, nicht die Ausnahme. Das wird als Ersatzbestrafung gegen unerwünschten Protest eingesetzt, die Verantwortlichen werden nie zur Rechenschaft gezogen. Die gewonnene Klage bringt mir nicht mehr als einen Zettel Papier, aber sie macht immerhin die Willkür der Polizei ein Stück weit sichtbar.“ (gr)

Der Euratom-Vertrag entspricht längst nicht mehr den Zielen der EU. Es ist höchste Zeit, das Fossil zu reformieren und die Privilegierung der Atomkraft abzuschaffen. Das veraltete Vertragswerk darf dem gemeinsamen Ziel der europäischen Energiewende nicht weiter im Weg stehen

Rebecca Harms (B'90/Die Grünen)



Öffentlichkeitsbeteiligung

Endlagersuche im Blick sozialwissenschaftlicher Forschung

Wissenschaftliche Erkenntnisse zu aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen bilden eine Voraussetzung dafür, Möglichkeiten der Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen der Endlagersuche zu ermitteln. Dazu hat das Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) ³ ein Forschungsprojekt gestartet, das dieses Wissen bündeln und für die eigene Arbeit auswerten soll. Das Forschungsprojekt läuft unter dem Titel „Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Endlagersuche: Herausforderungen eines generationenübergreifenden, selbsthinterfragenden und lernenden Verfahrens“. Das Vorhaben ist auf zwei Jahre angelegt. Das BfE koordiniert und beaufsichtigt die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle und ist Träger der Öffentlichkeitsbeteiligung. Sowohl die Dauer des Suchverfahrens als auch die Komplexi-

tät des Themas Endlagerung stellen alle Beteiligten vor besondere Herausforderungen. Diese bewegen sich in einem Spannungsfeld zwischen dem Anspruch nach einer möglichst breiten Beteiligung einerseits und dem Ziel, zügig einen Endlagerstandort zu finden, andererseits. Im Mittelpunkt der Forschung steht deshalb die Frage, wie bestmöglich eine dialogorientierte Beteiligung mit Blick auf das Ziel „Endlagerstandort“ gestaltet werden kann. Das Forschungsprojekt wird in einem ersten Schritt den aktuellen Stand der Forschung zu Beteiligungsverfahren mit ähnlichen Herausforderungen aufarbeiten. Darauf aufbauend sollen Rückschlüsse für die Beteiligung im Standortauswahlverfahren abgeleitet werden. Das Projekt beleuchtet zudem die Frage, wie der gesetzliche Anspruch an ein selbsthinterfragendes und lernendes Verfahren erfüllt werden kann. Des Weiteren wird der Auftragnehmer des Projektes Zukunftsbilder für die Endlagerung entwerfen, die eine konstruktive gesellschaftliche Diskussion im Standortauswahlverfahren unterstützen können. Im Laufe des Forschungsvorhabens sind Workshops mit Fachleuten geplant, um Zwischenergebnisse zu diskutieren und Erkenntnisse aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Verwaltung, Unternehmen und Politik zu bündeln. (pm)



Der BUND fordert die Optimierung bestehender Stromnetze

Erneuerbare Energien

Ausbau nicht bremsen

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) kritisiert den von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) Mitte August vorgestellten Plan für den Ausbau der so genannten Strom-Autobahnen in Deutschland: „Statt die im Koalitionsvertrag vereinbarten Sonderausschreibungen für die Erneuerbaren Energien endlich umzusetzen, hat Wirtschaftsminister Altmaier nun seinen ‚Aktionsplan Stromnetz‘ vorgestellt. Es gibt keinen Grund mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien auf den Ausbau der Strom-

netze zu warten. Wenn die Bundesregierung dies behauptet, erzählt sie der Bevölkerung ein Sommermärchen“, sagte BUND-Vorsitzender Hubert Weiger. Um den weiteren zügigen Ausbau von Wind- und Sonnenenergie zu ermöglichen, müssten die bestehenden Netze optimiert werden. Die entsprechenden Pläne in dem Aktionsplan dazu seien ein erster Schritt. „Das Festhalten an der bisherigen überzogenen Stromnetzausbauplanung kritisieren wir. Die bestehende Netzausbauplanung dient im Wesentlichen den wirtschaftlichen Interessen der Übertragungsnetzbetreiber“, so Weiger. Immer mehr wissenschaftliche Studien hielten zudem den bisherigen Netzausbau für deutlich überzogen. Intelligenter und dezentralere Alternativen würden derzeit nicht ausreichend geprüft. „Dies muss sich schnell ändern.“ (pm)



Torben Klages

BI-BÜRO

Aktion und Politik

Sommerpause ist Reisezeit, und das hieß in diesem Jahr allerlei Besuch aus der gesamten Republik. Die durch vergangene Proteste entstandene Verbundenheit verschiedener Gruppen mit der BI wurde zum Plausch im Büro genutzt, auch um die neuesten Entwicklungen in den verschiedenen Regionen zu erörtern. Für eine Veranstaltung Mitte Juli waren sogar zwei italienische Aktivist/-innen angereist, die im Gasthof Meuchefitz einen erhellenden Vortrag über NATO-Übungsplätze in Süditalien hielten. Dort unterhält Rheinmetall ein Rüstungswerk mit Testgebiet, auf dem Uran- und Thorium-Munition verschossen wird, was negative ökologische und medizinische Auswirkungen zur Folge hat. Schon Anfang Juli konnte die BI einer jungen japanischen Wissenschaftlerin das Wendland näher bringen. Im Rahmen ihrer Dissertation über den Vergleich der Energiewende in Japan und Deutschland nach der Katastrophe von Fukushima führte Emi Ichyanagi von der Universität Kyoto intensive Gespräche mit Protagonist/-innen vor Ort. Auch die BI begab sich ab Ende Juli auf Reisen. Zunächst mit dem Infostand zum Anit-Atom-Festival e-Ventschau, im August zur „de-growth summer school“ im Klima-Camp bei Leipzig und eine Woche später zum Klima-Camp ins Rheinland. Den Abschluss markierte eine Reise der AG Fracking Ende August nach Groningen zum „Code Rood“ Camp, das sich gegen die massive Gasförderung und deren Folgen in der Region richtete. Die AG verfolgte zudem im Sommer die Sanierung der Bohrschlammgrube bei Luckau im Wendland und stimmte auf mögliche Vorhaben einer Exploration im Lemgow ein. (tk)



Andreas Conradt

Editor's Corner

Ich habe einen Traum

„I have a Dream!“ Man muss schon über Großes schreiben wollen, wenn man sich anmaßt, Martin Luther King zu zitieren. Sehr Großes. Fundamentales. Wie die Gefahr der Beschädigung, gar des Untergangs der Demokratie, die wir gerade erleben.

Also dann, listen carefully: „I have a Dream!“ Ich träume von einem großen Zeichen gegen all den Hass, den Rassismus, die Dummheit und die Dumpfheit, die über uns gekommen sind und die wir häufig genug lethargisch und hilflos zulassen. Ich möchte einen Tag lang das Land anhalten, all die (demokratischen – sic!) Grabenkämpfe aussetzen und durch eine gemeinsame, bundesweite Aktion klar machen: Wir! Wir! Wir! sind das Volk!

Ich möchte zusammen mit allen, deren Argumente mich sonst auf die Palme bringen, für den Erhalt des Systems kämpfen, das das Argumentieren überhaupt möglich macht. Ich würde mit Freuden mit dem Boss von E.on marschieren, würde mit Christian Lindner das Front-Transpi tragen und mit Andrea Nahles Parolen rufen. Ein Traum wäre es, wenn Angela Merkel zu diesem „Tag der Demo(kratie)“ aufrufen würde – zusammen mit der Roten Flora und dem Karnevalsverein Mainz-Gonsenheim.

Im Wendland würde an dem Tag die CDU in Gorleben mit der Bäuerlichen Notgemeinschaft und dem linksautonomen Meuchefitz in vorderster Reihe laufen, gefolgt vielleicht von der Dannenberger Schützengilde, dem Maschinenring Lüchow und der Freien Bühne Wendland. Und das Hippie Orchester spielte zusammen mit dem Vietzer Shantychor die Hymne „Lass 2018 nicht 1928 sein!“ As I said: „I have a Dream!“ (ac)

**Aufruf I
Aktion gegen Kohleabbau**

Vom 25. bis zum 29. Oktober 2018 wird das Bündnis „Ende Gelände“ erneut Kohleinfrastruktur im Rheinland blockieren. Die Aktivist/-innen werden den Hambacher Forst nach eigenen Angaben „vor der Zerstörung durch den Energiekonzern RWE schützen“ und damit ein Zeichen für weltweite Klimagerechtigkeit setzen. „Ende Gelände“ setzt sich damit zum wiederholten Male mit einer Aktion massenhaften zivilen Ungehorsams für den sofortigen Kohleausstieg ein. „Kohle muss im Boden bleiben, um eine Klimakatastrophe zu verhindern. Alle wissen es, doch nichts passiert“, so eine Sprecherin. Die Bundesregierung stütze die klimaschädlichen Industrien und missachte ihre eigenen, unzureichenden Klimaziele. „Anstatt sofort die Kohlekraftwerke abzuschalten, verschwendet sie weitere wertvolle Zeit mit einer Kommission voller Kohleausstiegsbremsen. Doch wir haben keine Zeit mehr: Menschen leiden bereits jetzt unter Dürren, verlieren durch Extremwetter-Ereignisse ihr Zuhause und kommen durch klimabedingte Infektionen und Hunger zu Tode. Deshalb ist es unsere Aufgabe, die Klimazerstö-

rung jetzt dort zu stoppen, wo sie produziert wird.“ Ende Gelände ruft dazu auf, sich im Oktober 2018 am Hambacher Forst dem Kohleabbau und damit dem absurden Wachstumszwang entgegenzustellen. ☞⁴ „Die Abbruchkante des nahegelegenen Tagebaus frisst sich immer weiter in die Landschaft. Nur noch ein kleiner Teil des einst riesigen Waldes ist erhalten geblieben.“ Gleichzeitig werde – nach der Rodungs-Verhinderung 2017 – der „Hambi“ für immer mehr Menschen zum lebendigen Symbol des Widerstands gegen die fossile Energieindustrie. Mit tausenden von Menschen werde „Ende Gelände“ im Oktober den Kampf für Klimagerechtigkeit mit einer Massenaktion zivilen Ungehorsams unterstützen. (pm)



Tagebau in Garzweiler

**Aufruf II
Demo gegen Polizeigesetz**

Die niedersächsische Landesregierung aus CDU und SPD sieht in einem aktuellen Gesetzesentwurf massive Ausweitungen der polizeilichen Befugnisse und einen Abbau demokratischer Freiheits- und Grundrechte vor. Auch in anderen Bundesländern sind ähnliche Verschärfungen geplant, die – so die Befürchtung von Gegnern der Novelle – „den Staat mehr und mehr zu einem Überwachungsstaat ausbauen“. Sie lehnen den Gesetzesentwurf „NPOG“ ab und fordern dessen Zurücknahme. Anders als bisher soll die Polizei in Zukunft schon dann Menschen überwachen, verfolgen und gefangen nehmen dürfen, wenn ihnen unterstellt wird, über Straftaten auch nur nachzudenken, ohne sie tatsächlich auszuführen. „Das ist eine ganz grundsätzliche Änderung der Rolle der Polizei in unserer Gesellschaft, ein um-

fangreicher Paradigmenwechsel. Die Verwischung der Grenzen zwischen polizeilicher und nachrichtendienstlicher Tätigkeit stellt die Gewaltenteilung infrage“, so ein Sprecher des Protest-Bündnisses no-NPOG. Abgelehnt werden unter anderem die Einordnung von Vermummung auf Versammlungen als Straftat oder die Bild- und Tonaufzeichnungen bei Demonstrationen und ähnlichen Veranstaltungen. Für den 8. September plant das Bündnis eine Großdemonstration in Hannover. ☞⁵ Sie beginnt nach jetzigem Stand um 13 Uhr auf dem Ernst-August-Platz vor dem Hauptbahnhof. (pm)



Initiativen

Internationales Sommercamp protestiert gegen Atomindustrie

Mitte August hat im französischen Narbonne das diesjährige „International Anti-Nuclear Summer Camp“ stattgefunden. ➔⁶ In unmittelbarer Nähe zur Orano Urananreicherungsanlage kamen Vertreter/-innen von Anti-Atom-Initiativen aus zwölf Nationen zusammen, um über die Risiken

der nuklearen Brennstoffkette zu debattieren. Dabei wurden von Aktivist/-innen, Lokalpolitiker/-innen und sogar ehemaligen Atom-Arbeitern aus Europa, Indien, Asien, Russland und den USA verschiedene Vorträge gehalten. Fazit: Die gesamte Nuklearkette vom Uranabbau bis zum Atom-müll ist höchst gefährlich, viel zu teuer und anti-demokratisch. Atomkraft könne damit keinen Beitrag zur Lösung des Klimaproblems leisten. (pm)

Ich freue mich über das klare Bekenntnis von Bundestag und Bundesrat zum beschleunigten Atomausstieg. An den gesetzlich festgelegten Abschalt-daten wird nicht gerüttelt. Die Menschen können sich auf den beschleunigten Atomausstieg in Deutschland verlassen. Spätestens am 31. Dezember 2022 geht das letzte Atomkraftwerk in Deutschland vom Netz.

Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD)

Aufruf III

Lesen ohne Atomstrom im November und Januar

Beim „8. Lesen ohne Atomstrom“ zum Jahreswechsel 2018/2019 treten erneut viele Kulturstars auf, darunter Suzanne von Borso-dy, Barbara Auer, Mathieu Carrière und Walter Sittler. Ausgewählte Werke dieser und weiterer Persönlichkeiten der Zeitgeschichte prägen das neue Programm des Hamburger Literatur-festivals – aus gegebenem Anlass: „Vor einem Jahr beging Ham-burgs Landesregierung einen Ta-bubruch. Für G20 setzte sie ele-mentare Grundrechte außer Kraft, übergab die Stadt für einige Ta-ge an eine militarisierte Polizei.

Viele Bürger haben widersprochen, einige auch wi-derstanden. Mit seinem neuen Programm ‚Protest & Widerstand‘ würdigt ‚Lesen ohne Atomstrom‘ zivilgesellschaftliches Engagement“, erklären Festi-valsprecher Oliver Neß und Frank Otto die Neuauf-lage. Die Festivalwoche findet im Januar 2019 statt. Sie wird von einem zweitägigen Prolog am 15. und 16. November anlässlich des nächsten G20 in Bu-enos Aires eingeleitet. Dann zeigt das Literaturfest erstmals eine Ausstellung – die Gipfel-Retrospektive „Die Diskreditierten“. „Lesen ohne Atomstrom“ ➔⁷ hat dafür Pressevertreter zusammengebracht, denen bei den Gipfeln 2007 in Heiligendamm und 2017 in Hamburg ihre Akkreditierungen entzogen wur-den. Der Eintritt bei allen Veranstaltungen ist wie immer frei. Das Festivalprogramm wird im Oktober veröffentlicht. (pm)



Wir trauern um Rudi Sproessel

Rudi Sproessel ist von uns gegangen.

Wir trauern um einen besonderen Menschen, der sein berufliches und ehrenamtliches Engagement dem Wohl seiner Mitmenschen verschrieb.

Leidenschaftlich, unermüdlich und beharrlich stritt er für seine Überzeugung, verlor dabei das Menschliche nie aus den Augen.

Auf sein Wort war verlass, sein Rat stets geprägt von den vielen Herausforderungen, die er im Leben meisterte.

Rudi, du wirst uns schmerzlich fehlen.

Fachgruppe Radioaktivität
Gorlebener Gebet
Gorleben Archiv
BI Lüchow-Dannenberg

Das Zwischenlager (Transportbehälterlager Gorleben, TBL) wird von der staatlichen Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) betrieben. Das TBL befindet sich nordwestlich der Straße von Gorleben nach Gedelitz und umfasst:

- Das Fasslager für schwach und mittel aktiven Müll (LAW und MAW). Die Nutzung begann 1984. „Blähfässer“ aufgrund von Gasentwicklung in den Gebinden und der „Transnuklearkandal“ machten das Fasslager bundesweit bekannt. Trotz Stopps der Castortransporte werden heute noch mehrmals im Jahr frische LAW- und MAW-Gebinde angeliefert und abtransportiert.
- Die oberirdische Castorhalle hat Platz für 420 Behälter. Bislang lagern dort schon 113 Castoren mit hoch radioaktivem Müll. Die Behälter stehen aufrecht und werden elektronisch überwacht. Kühlung erfolgt nur durch Umgebungsluft, die nach außen abgeführt wird. Gegen Angriffe ist die Halle nicht ausreichend gesichert. Zurzeit sind die Castortransporte ausgesetzt.
- In der Pilotkonditionierungsanlage (PKA) sollte ursprünglich getestet werden, wie hoch radioaktiver Müll endlagerfähig verpackt werden kann, denn die Castoren sind zu schwer und groß, um sie unter Tage zu bringen. Sie steht seit einiger Zeit wieder im Fokus, weil in der PKA schadhafte Behälter repariert werden könnten. Bislang aber ist die PKA noch nie benutzt worden und darum nicht kontaminiert. Die Technik der PKA gilt inzwischen als veraltet.

Südöstlich der Straße betreibt die Bundesgesellschaft für Entsorgung (BGE) das so genannte Erkundungsbergwerk.

- Das Bergwerk wurde größer aufgeföhren, als es für die reine Erkundung notwendig wäre. Kritiker befürchten deshalb, dass das Endlager fast fertig gebaut ist. Derzeit ruht die Erkundung wegen des angeblichen „Neuanfangs“ bei der Endlagersuche. Ein Rückbau der martialischen Sicherung ist für 2018 angekündigt. Es befindet sich kein Atommüll im Bergwerk!



Tihange und Doel

Belgische Rissreaktoren bleiben weiterhin brandgefährlich

Die Deutsch-Belgische Nuklearkommission ⁸ ist Mitte Juni in Brüssel zu ihrem zweiten Treffen zusammengelommen. Damit wurde der Ende 2016 vereinbarte Informations- und Erfahrungsaustausch der deutschen und belgischen Atomaufsichtsbehörden fortgesetzt. Gegenstand der Beratungen waren auch in diesem Jahr die befundbehafteten grenznahen Atomkraftwerke Tihange 2 und Doel 3. Die Kommission erörterte dabei unter anderem die Ergebnisse eines im Februar 2018 geföhrteten deutsch-belgischen Fachgesprächs zu den beiden Reaktoren. Im Ergebnis beföhworten sowohl deutsche als auch belgische Experten weitergehende Untersuchungen. Die belgische Seite hat sich bereit erklärt, sich an einem Forschungsvorhaben der Materialprüfungsanstalt Universität Stuttgart zu beteiligen. Zusammen mit einem in Belgien eingeleiteten Forschungsvorhaben soll dieses Projekt zu einer Erweiterung der wissenschaftlichen Grundlagen in Bezug auf die Nachweisföhhrung beitragen. Vereinbart wurde eine enge Zusammenarbeit und ein intensiver Austausch.

In einem offenen Brief ⁹ an Bundesumweltministerin Svenja Schulze und die Ministerpräsident/-innen von Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet, und Rheinland-Pfalz, Malu Dreyer, erheben dagegen Umweltverbände aus Deutschland, Belgien und den Niederlanden schwere Vorwürfe gegenüber der deutschen Politik. Sie profitiere wirtschaftlich vom Betrieb der Reaktoren in Tihange und Doel und setze dafür die Bürgerinnen und Bürger schwerer Gefahr aus. Es sei an der Zeit, dass Bundes- und Landesregierungen vereint die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die deutsche Beteiligung am Betrieb der gefährlichen Atommeiler zu beenden. Unterzeichner/-innen des Briefs aus Anlass des zweiten Arbeitstreffens der Deutsch-Belgischen Nuklearkommission sind Amis de la terre Belgique, Friends of the Earth Wallonia-Brussels, die Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Climaxi/Friends of the Earth Flanders, Fin du Nucléaire, das Umweltinstitut München und Wise Nederland. Gemeinsam fordern sie die Stilllegung der Atomfabriken in Gronau und Lingen und damit den Stopp der Brennelemente-Lieferungen aus Deutschland an die Reaktoren im belgischen Tihange und Doel. Darüber hinaus müsse die Bundesrepublik ihre Aktienanteile in Höhe von 21,5 Millionen Euro an der Be-

treiberfirma der belgischen Reaktoren, Engie, abstoßen.

Unterdessen haben Recherchen an den Tag gebracht, dass in der deutschen Reaktorsicherheitskommission (RSK) ¹⁰ auch führende Mitarbeiter von EDF-Framatome (ehemals Areva) in Erlangen an einer Stellungnahme zu Tihange 2 und Doel 3 mitgearbeitet haben. Die RSK hatte den umstrittenen Reaktoren Mitte Mai „Sicherheit“ bescheinigt. Ein Anti-Atom-Bündnis, zu dem auch die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) gehört und das sich unter anderem für die Schließung der Brennelementefabrik Gronau einsetzt, die die belgischen Reaktoren mit Brennelementen beliefert, fordert jetzt den Rücktritt des Chefs der Reaktorschutzkommission. Den Vorsitz hat derzeit Dipl.-Ing. Rudolf Wieland aus Lüneburg. Angelika Claußen, die atompolitische Sprecherin der Ärzteeorganisation IPPNW: „Für uns Menschen muss das reale Risiko eines Atomunfalls mit dem Grad an Sicherheit ausgeschlossen sein, wie es Recht und Gesetz verlangen. Aber das ist nachweislich nicht der Fall. Deshalb müssen Doel 3 und Tihange 2 sofort vom Netz. Das Bundesumweltministerium in Deutschland und die Atomaufsicht in Belgien müssen ein neues Fukushima oder Tschernobyl verhüten!“ „Ein Atomausstieg, der die Urananreicherung in Gronau und die Brennelementfertigung in Lingen ausnimmt, ist nicht länger hinnehmbar. Die Belieferung der belgischen Unsicherheitsreaktoren mit Brennelementen aus Deutschland muss sofort gestoppt werden“, sekundiert BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Die aktuelle Stellungnahme der



Die beiden belgischen Pannereaktoren Tihange (links) und Doel

RSK, so führt das Bündnis in einem offenen Brief an das Bundesumweltministerium und die Landesregierungen von NRW und Rheinland-Pfalz aus, treffe keine Aussage über die Unbedenklichkeit der Risse in den Druckbehältern der Reaktoren. Weiterhin bleiben diesbezüglich zahlreiche Fragen offen.

In einer Pressekonferenz am 9. Juli erklärte ein Sprecher des Bundesumweltministeriums (BMU), dass „die Risse die Sicherheit der Meiler nicht beeinträchtigen“. Ein weiterer hochrangiger Vertreter des BMU wird in den Medien zitiert, die Bundesregierung sehe nun „keine Handhabe mehr“, gegen den Betrieb der umstrittenen Meiler vorzugehen. In einem Hintergrundgespräch mit Angehörigen von Initiativen und Verbänden am 2. August äußerten Vertreter des BMU jedoch die Auffassung, dass die RSK-Stellungnahme kein allumfassender Sicherheitsnachweis sei, sondern eine Plausibilitätsprüfung, bei der mindestens

eine Frage offen bleibe. Dass sie trotzdem auf dieser Grundlage die Risse für unbedenklich erklären, ist nicht nachvollziehbar. Das Motto des BMU scheint hier zu sein: Offene Punkte verharmlosen und Reaktoren gesundbeten.

In ihrem Offenen Brief weisen die Unterzeichner/-innen im Weiteren darauf hin, dass sich mehrere Mitglieder der RSK und ihrer Ausschüsse aufgrund ihrer Tätigkeit in Unternehmen der Atomindustrie in einem Interessenskonflikt befänden. Diese Befangenheitsprobleme würden bislang jedoch von Seiten des Bundesumweltministeriums nicht angegangen. Offensichtlich bestehe hier ein Aufsichtsproblem, was von Seiten des BMU bewusst ignoriert werde.

Die Initiativen fordern die Regierungen von Bund und Ländern zu einem Neuanfang bei der Begutachtung der Sicherheitsprobleme von Tihange 2 und Doel 3 auf. Dabei müssten sie die Analyseergebnisse der internationalen Expert/-innengruppe (INRAG) in die Bewertung der Situation einbeziehen und tatsächlich unabhängige Wissenschaftler/-innen mit der Begutachtung beauftragen. Auch müsse die RSK personell neu ausgerichtet werden und so den Befangenheitsproblemen begegnen. Die Bundesregierung müsse sich zudem für die Stilllegung der Atomfabriken in Gronau und Lingen und damit für den Stopp der Lieferungen von Brennelementen an die Reaktoren in Belgien einsetzen. (gr)



Linkliste

Alle Links zu dieser Ausgabe der GR gibt es gesammelt unter

➔ www.gorleben-rundschau.de/links

- ➔¹ www.bi-luechow-dannenberg.de/?page_id=9404
- ➔² <http://blog.eichhoernchen.fr/post/8-Jahre-juristischer-Kampf-Aktivistin-gewinnt-Verfassungsbeschwerden-und-Klagen-gegen-die-Bundespolizei>
- ➔³ <https://www.bfe.bund.de>
- ➔⁴ <https://www.ende-gelaende.org/de/aufruf-2018/>
- ➔⁵ <https://niedersachsentrojaner.de/demo/>
- ➔⁶ www.nuclear-heritage.net/index.php/International_Anti-nuclear_Summer_Camp_2018
- ➔⁷ <http://lesen-ohne-atomstrom.de/>
- ➔⁸ <https://www.bmu.de/faqs/23/>
- ➔⁹ www.ausgestrahlt.de/presse/offener-brief-nuklearkommission/
- ➔¹⁰ www.rskonline.de

Endlagersuchverfahren

In drei Phasen werden die Suchräume für ein Atom-„End“-Lager zunehmend eingengt. Die Vorschläge der Bundes-Gesellschaft für Endlagerung (BGE) werden am Ende jeder Phase vom Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) geprüft. Damit unterrichtet das Umweltministerium Bundestag und Bundesrat. Jede Phase endet mit einem Gesetz.

Phase 1: Ermittlung der Regionen für die *übertägige* Erkundung

Die BGE sammelt vorhandene Geo-Daten und wendet festgelegte Kriterien und Anforderungen auf sie an. Dann veröffentlicht sie ihren Vorschlag für Teilgebiete, den die „Fachkonferenz Teilgebiete“ aus Bürgern, Gemeindevertretern und Experten erörtert.

Die BGE führt Sicherheitsuntersuchungen für die Teilgebiete durch und entwickelt Programme für die übertägige Erkundung. Nach Vorschlag der Standortregionen, richtet das BfE je eine „Regionalkonferenz“ ein, über die die Öffentlichkeit Stellung nehmen und Nachprüfungen fordern kann.

Im „Rat der Regionen“ kommen Vertreter der Regionalkonferenzen mit Vertretern der Zwischenlagergemeinden zusammen und begleiten das Verfahren aus überregionaler Sicht.

Phase 2: Ermittlung der Standorte für die *untertägige* Erkundung

Die BGE erkundet übertägig, führt weiterentwickelte Sicherheitsuntersuchungen sowie sozioökonomische Potenzialanalysen durch. Sie wendet zur Ermittlung der Orte für die untertägige Erkundung erneut Kriterien und Anforderungen an und erarbeitet Programme für die untertägige Erkundung.

Phase 3: Festlegung des Standortes für die Endlagerung

Die BGE erkundet die Standorte untertägig und führt Sicherheitsuntersuchungen durch. Sie wendet erneut die gesetzlich festgelegten Kriterien an und erstellt dann einen Standortvorschlag für das Endlager einschließlich eines zugrunde liegenden Standortvergleichs von mindestens zwei Standorten.



Biblis

Brokdorf

Brunsbüttel

Emiland

Komplexe Aufgabe Zwischen



Krümmel

Neckarwestheim

Philippsburg

Unterweser

Analyse Die Genehmigungen der Zwischenlager für radioaktive Abfälle laufen ab Mitte der 2030er Jahre aus. Die Endlagerbehörde BfE sucht den Dialog darüber, wie die Zwischenlagerung gestaltet wird. Aus Sicht von BfE-Präsident Wolfram König muss dabei auch die Standortfrage geklärt werden. Nachdruck eines Beitrags von **Hendrik Köstens** aus dem BACK-GROUND-Newsletter des Tagesspiegels.

Bis Deutschland ein Endlager für hochradioaktive Abfälle hat, müssen unter anderem 1900 Castoren sicher zwischengelagert werden. Läuft alles nach Plan, steht bis 2031 ein Standort für ein Endlager fest, welches wiederum bis 2050 betriebsbereit sein könnte. Aber selbst wenn keine Verzögerungen eintreten: Um die Frage der Zwischenlagerung werden sich Genehmigungsbehörden und Politik in den nächsten Jahren kümmern müssen. Die Genehmigungen der 16 Zwischenlager in Deutschland sind auf 40 Jahre befristet und die ersten laufen 2034 (Gorleben), 2036 (Ahaus) und 2039 (Lubmin) aus. Vor diesem Hintergrund hat das Bundesumweltministerium (BMU) ein Forschungsvorhaben zu vorbereitenden Fragen der verlängerten Zwischenlagerung initiiert, und das zuständige Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) sucht den Dialog mit den Betreibern der Zwischenlager, den Sach-

verständigen und der Öffentlichkeit – insbesondere den betroffenen Bürgern und Kommunen. Dazu hat das BfE die Veranstaltungsreihe „Forum Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle“ ins Leben gerufen, das im Juni erstmals stattfand. Im Rahmen des Forums soll beispielsweise diskutiert werden, welcher Forschungsbedarf sich aus einer verlängerten Zwischenlagerung ergibt, wie der Bewertungsmaßstab für die Sicherheit weiterzuentwickeln ist und wie mit Blick auf Maßnahmen zum Schutz vor Terrorismus ein Ausgleich gefunden werden kann zwischen Transparenz und der notwendigen Geheimhaltung. Darüber hinaus soll darüber gesprochen werden, welche Forschungsbedarfe es gibt. Eine zu klärende Frage wäre, wie lange die verwendeten Strahlenschutzbehälter, die auch genehmigungspflichtig sind, ausreichende Sicherheit gewährleisten. Eröffnet wurde das Forum vom

Präsidenten des BfE, Wolfram König. Er unterstrich, dass die Betreiber 2028 Erklärungen zum Inventar der ersten Zwischenlager, die in den 30er Jahren ihre Genehmigung verlieren, abgeben müssen – in diesem Zusammenhang werde auch mit neuen Genehmigungsanträgen gerechnet. Betreiber von 15 der 16 Zwischenlager ist ab 2019 die bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ). Die Veranstaltungen des BfE, so König, können dazu dienen, erste Grundlagen in der Diskussion um eine sichere Zwischenlagerung zu legen. Er erwartet ab einem gewissen Punkt aber auch die grundsätzliche Debatte darüber, ob der deutsche Atom Müll bis zur Endlagerung weiter dezentral oder zentral, an einem oder wenigen Standorten eingelagert werden soll. Diese Debatte müsse aus seiner Sicht auch geführt werden, erklärte König – wobei deren Kern eine Risikoabwägung sei. Im Zentrum stünden dabei die Risiken des

Fotos: RWE, Louis F. Stahl, Vattenfall, Rainer Lippert, cephr/Flickr, Oliver Hallmann, KKG, Michael Meding, Dirk Seifert, EnBW, Lothar Neumann, Martina Nolte, GNS, BfE, Entsorgungswerk für Nuklearanlagen



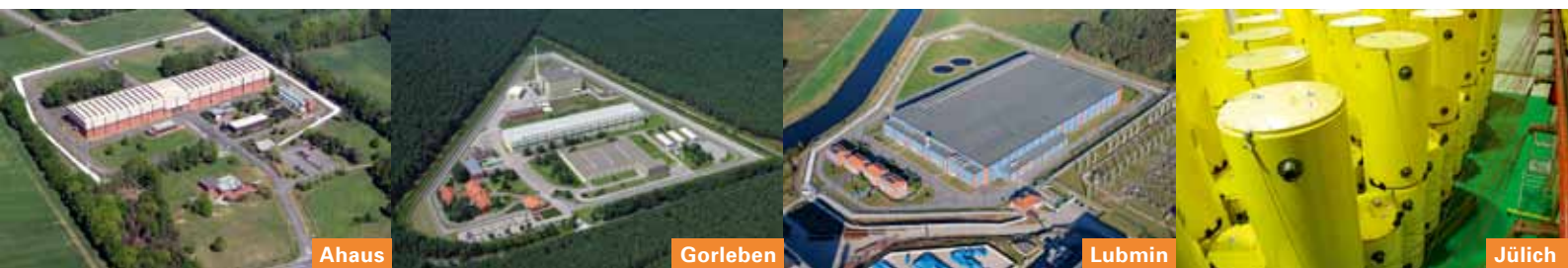
Grafenheinfeld

Gundremmingen

Grohnde

Isar

Endlagerung



Ahaus

Gorleben

Lubmin

Jülich

Transports radioaktiver Abfälle zwischen verschiedenen Standorten. Aus seiner Perspektive sind diese nur dann wahrscheinlich, wenn es an einem Zwischenlagerstandort nicht behebbare Sicherheitsprobleme gäbe.

Olaf Schulze, Bürgermeister der Stadt Geesthacht, sprach auf dem Forum als Oberhaupt einer Gemeinde mit Zwischenlager (Krümmel) und als Vorstandsmitglied von ASKETA – der Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden kerntechnischer Anlagen in Deutschland. Schulze würde sich für die Zukunft ein zentrales Zwischenlager wünschen, hält dieses Szenario aber selbst für unrealistisch. Für

den Fall, dass die Genehmigungen der bestehenden Lager verlängert werden, fordert Schulze eine Entschädigung für die betroffenen Gemeinden. In jedem Falle dürfe aber aus einem Zwi-

schlenlager nicht durch die Hintertür ein Endlager werden, betonte Schulze.

Die nächsten Jahre sollten aus Sicht von Schulze genutzt werden, um einheitliche Standards für die größtmögliche Sicherheit der Lager sowie der Behälter zu schaffen. Der Geestbacher Bürgermeister unterstrich zudem den Wunsch der Standortkommunen nach einer Vertretung im Nationalen Begleitgremium für die

Endlagersuche. Die

Kommunen könnten dort zum einen ihre Expertise einbringen und andererseits Informationen gewinnen, die für die Kommunikation mit ihren Bürgern von Nutzen sind.

Nina Scheer, Umwelt- und Energiepolitikerin der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, meldete sich als Gast auf dem BfE-Forum in den Diskussionsrunden zu Wort:

“ Um die Frage der Zwischenlagerung werden sich Genehmigungsbehörden und Politik in den nächsten Jahren kümmern müssen ”

Sie unterstützte eine Vertretung der Kommunen im Nationalen Begleitgremium. Mit Blick auf die Zwischenlagerung sollten aus ihrer Sicht prioritär die zukünftigen Anforderungen an die Genehmigung diskutiert und vom Gesetzgeber ausgearbeitet werden. Sie warnte dagegen vor einer verfrühten Standortdiskussion, die auch den Suchprozess für ein Endlager untergraben könnte.

Karsten Möring, in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Zwischenlagerung zuständig, erklärte (...) mit Blick auf die weitere Organisation der Zwischenlagerung, dass alles vermieden werden müsse, was in den Standortgemeinden die Angst vor einem Endlager durch die Hintertür befeuert. Wie König, verwies Möring zudem auf die Risikoabwägung und die geringe Akzeptanz von Atommüll-Transporten. Die Fraktion habe dazu noch keine abschließende Position, er komme vor diesem Hintergrund aber zu der ersten Einschätzung, dass die Nutzung der bestehenden Zwischenlager verlängert werden sollte – vorausgesetzt diese könnten auch weiterhin alle Sicherheitskriterien erfüllen.

Nicht beliebig lang

Die Machbarkeit einer Zwischenlagerung über 40 Jahre hinaus ist damals nicht geprüft worden

Risiko Die Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Atommüll wurde gerade neu gestartet. Das Standortauswahlgesetz (StandAG) enthält ehrgeizige zeitliche Vorgaben. So soll ein Endlager, sei es in Gorleben oder anderswo, 2050 den Betrieb aufnehmen. **Wolfgang Ehmke** sprach mit dem Nuklearexperten **Michael Sailer** über die aktuellen Probleme, die eine verlängerte Zwischenlagerung mit sich bringt.



» Ist die Fertigstellung eines „Endlagers“ bis 2050 überhaupt realistisch?

Michael Sailer: Die Endlagersuche ist ein aufwändiger Prozess, der auch seine Zeit braucht. Dies ergibt sich einerseits aus den Vorgaben für die wissenschaftlichen Erkundungen und Auswertungen. Zum anderen sind im StandAG – dem Gesetz, in dem die Endlagersuche geregelt wird – in den drei vorgesehenen Stufen umfangreiche Überprüfungsverfahren und Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren vorgesehen. Wenn das Endlager 2050 in Betrieb genommen werden soll, geht das nur, wenn das Verfahren unverzüglich aufgenommen wird und andauernd stringent weiterbetrieben wird. Der Startschuss zur Endlagersuche ist ja unlängst gegeben worden, derzeit werden auch eifrig Daten gesammelt und ausgewertet. Aus meiner Sicht ist es extrem wichtig, dass der vorgesehe-

Michael Sailer ist Diplom-Ingenieur für Technische Chemie und anerkannter Nuklearexperte. Er ist Sprecher der Geschäftsführung des Öko-Instituts e.V. und Vorsitzender der Entsorgungskommission. Darüber hinaus war Sailer Mitglied des Scientific & Technical Committee von EURATOM, der Reaktorsicherheitskommission und Vertreter der Wissenschaft in der Endlagerkommission.

ne Prozess permanent mit der erforderlichen Geschwindigkeit und Intensität weiter betrieben wird. Sonst ist die Zeit schnell um, ohne dass sich was ergeben hat. Aus meiner Sicht sollten alle, die an einer gerechten Endlagersuche und an einem wissenschaftlich sauberen Entscheidungsprozess interessiert sind, sich intensiv darum kümmern, dass der Prozess schnell genug vorwärts geht. Anderenfalls bleiben die Atomabfälle entweder auf unabsehbare Zeit in den Zwischenlagern, was wegen der technischen Alterung und wegen möglicher gesellschaftlicher Änderungen zu gefährlichen Zuständen führt. Oder es erfolgt eine plötzliche schnell-schnell-Entscheidung für einen Endlagerstandort, bei dem nicht die Sicherheit im Vordergrund steht. Beides wäre in Anbetracht des Gefährdungspotenzials fatal.

» Die Zwischenlagergenehmigungen sind auf 40 Jahre befristet. Für Gorleben und Ahaus laufen sie 2034 und 2036 aus. Der Einlagerbetrieb für dann 1900 Castorbehälter würde wahrscheinlich 30 Jahre dauern, zwischenzeitlich laufen die Genehmigungen aus. Der Präsident des Bundesamtes für Entsorgungssicherheit (BfE), Wolfram König, sagt, dass die 40 Jahre damals [redacted] für die Kommunen gewesen seien. Sie sollten zeigen, dass keine Dauerlager entstünden, [redacted]. Warum ärgert Sie diese Aussage?

Sailer: Technisch ist klar, dass sich Dinge im Lauf der Zeit verschlechtern, die einzige Frage ist, wie schnell. Deshalb bleiben die Brennelemente in den Lagerbehältern nicht beliebig lang stabil, die Dichtungen und die Dicht-

heitsüberwachung altern zwangsläufig. Es ist in all den Genehmigungsverfahren nur geprüft worden, ob alles voraussichtlich 40 Jahre hält. Eine technisch saubere Prüfung für Zeiten über die 40 Jahre hinaus ist nicht erfolgt. Das wissen alle, die an der Prüfung beteiligt waren. Auch die Reaktorsicherheitskommission, in der ich damals war, hat ihre finale Stellungnahme nur für 40 Jahre abgegeben. Wer sagt, die Lager seien länger sicher, kann sich auf keine ernsthafte Sicherheitsprüfung stützen, die dies belegen würde.

» Welche Forschung ist nötig?

Sailer: Belastbare Erkenntnisse zum Langzeitsicherheitsverhalten der Dichtung und der Dichtungsüberwachung sind genauso erforderlich wie zur Entwicklung der Stabilität der Brennelemente. Voraussagen über Langzeitverhalten können nur sehr begrenzt durch Hochskalieren von Kurzzeiterfahrung gemacht werden. Was wir brauchen, ist eine andauernde Forschung begleitend zum tatsächlichen Alterungsprozess. Aus meiner Sicht können wir erst nach Prüfung von tatsächlich 30 oder 35 Jahren gelagerten Behältern und Brennelementen verlässliche sicherheitstechnische Prognosen über die Zeit nach 40 Jahren machen.

» Glauben Sie, dass die baugleichen Lager in Ahaus und Gorleben in die Verlängerung gehen können?

Sailer: Das kann nur eine integrale Sicherheitsüberprüfung unter Einbeziehung der Alterung ergeben. Ich bin ein bisschen vorsichtig bei dem Vergleich von bloßen Wanddicken. Eine Aussage zum tatsächlichen Sicherheitszustand ist damit kaum möglich.



Gelingens-Bedingungen

Anti-Atom-Initiativen fordern in Bezug auf Zwischenlagerung Dialog auf Augenhöhe

Beteiligung Damit eine gesellschaftliche Verständigung über die offenen Fragen der Zwischenlagerung von hochradioaktivem Atommüll erfolgreich sein kann, haben Anti-Atom-Initiativen an den Zwischenlager-Standorten so genannte „Gelingens-Bedingungen“ aufgestellt. Damit fordern sie das Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) auf, mit den Betroffenen unter diesen Vorzeichen einen tatsächlichen Dialog zu organisieren.

„Zwischen 2034 und 2047 laufen die Genehmigungen der derzeitigen Castor-Lager aus“, gibt Jochen Stay von .ausgestrahlt zu bedenken. „Doch bis dahin wird es noch lange kein geologisches Tiefenlager geben. Es braucht also Konzepte für den Umgang mit den strahlenden Abfällen, mindestens bis zum Ende des Jahrhunderts. Diese langfristige Zwischenlagerung von hochradioaktivem Atommüll ist bisher völlig ungeklärt.“

Statt Vortragsveranstaltungen mit kurzen Diskussionsblöcken, wie sie das Atommüll-Bundesamt plane, wird in den „Gelingens-Bedingungen“ ein gesellschaftlicher Dialog auf Augenhöhe mit Mitentscheidungsbefugnissen der Betroffenen, der deutlich über eine Konsultation hinausgeht, gefordert. „Konsensorientiert und mit dem Ziel, zu einvernehmlichen Lösungen zu gelangen.“

So brauche es an jedem Zwischenlager-Standort einen eigenständigen Dialogprozess unter Beteiligung von Betreiber, Behörden, Kommunalpolitik, Umweltverbänden und Bürgerinitiativen sowie interessierten Anwohner/-innen. Zusätzlich sei ein zentraler Dialogprozess mit Beteiligung der Betreiber, der Behörden, des Gesetzgebers, von Umweltverbänden und von Vertreter/-innen jedes Standorts erforderlich

„Die bestehenden Genehmigungen für die Castor-Lager einfach zu verlängern, wie es die Bundesregierung offenbar anstrebt, kann keine Lösung sein“, so Stay.

Auch den Rahmen der Beteiligung stecken die Anti-Atom-Initiativen ab. Es brauche für einen Verständigungsprozess tatsächliche Mitbestimmung im Sinne von klar definierten Mitentscheidungsbefugnissen der Betroffenen. Bei den Dialogprozessen an den Standorten sei entscheidend, dass al-

le, die mitreden wollen, auch teilnehmen dürfen. Jochen Stay: „Es braucht gänzlich neue Konzepte für eine langfristige Zwischenlagerung, die auch von den Betroffenen an den Standorten mitgetragen werden können.“

Beim zentralen Dialogprozess müssten die Vertreter/-innen der Standorte von den Dialoggruppen vor Ort selbst benannt werden. Darunter müssten jeweils mindestens ein/-e Vertreter/-in aus der Kommunalpolitik und ein/-e Vertreter/-in aus einer Bürgerinitiative sein.

Wichtig sei zudem eine unabhängige Moderation der zentralen und dezentralen Dialogprozesse, die von allen am Tisch als integer akzeptiert wird, sowie Mittel für wissenschaftliche Expertise. Wichtig für das Gelingen des Prozesses sei auch die Auseinandersetzung mit den entscheidenden Fragestellungen. Wenn nämlich die Zwischenlagerung – wie absehbar – einige Jahrzehnte länger notwendig sein wird als bisher angenommen, stelle sich die Frage, ob die Lagerung in Castor-Behältern in offenen Hallen oder in offenen Steinbruch-Röhren wie in Neckarwestheim die geeignete Form ist.

Auch an welchen Orten die Zwischenlagerung künftig erfolgen soll, müsse kritisch beleuchtet werden. Es stelle sich zum Beispiel die Frage, welche Lagerstätten nicht nachzurüsten sind. Dabei sei eine besondere Betrachtung der hochradioaktiven Abfälle nötig, an deren derzeitigen Lagerorten es kein genehmigtes Zwischenlager gibt – also Brunsbüttel, Jülich, Garching, Berlin und Mainz. Geklärt werden müsse auch, wie der sicherste Umgang mit den Deutschland zugeordneten hochradioaktiven Abfällen aus La Hague und Sellafield aussehen könnte. Falls eine weitere Lagerung in



“ Es braucht einen zentralen und viele dezentrale Dialogprozesse

Castor-Behältern sich als beste Alternative erweisen sollte, stelle sich die Frage, wie deren Sicherheit gewährleistet werden kann und Probleme gegebenenfalls behoben werden können.

Wichtig sei außerdem, wie ein vertrauensbildender Umgang damit aussehen kann, dass über manche Aspekte der Sicherung – beispielsweise gegen Flugzeugabstürze und Terrorangriffe – nicht öffentlich gesprochen werden kann.

Anlass für die Präsentation der „Gelingens-Bedingungen“ war das vom Bundesamt Ende Juni veranstaltete „Forum Zwischenlagerung“ in Berlin, das von der Behörde als Teil eines „Zwischenlager-Dialogs“ angekündigt wurde. Dazu hatte das Atommüll-Bundesamt mit nur elf Tagen Vorlauf Vertreter/-innen der Betroffenen eingeladen. Weil viele ehrenamtlich Aktive aus den Initiativen nicht so kurzfristig werktags nach Berlin kommen konnten, fand vor der Tür der Veranstaltung eine Aktion mit „Stellvertreterfiguren“ statt. Die lebensgroßen Pappfiguren waren mit Fotos und Zitaten von Betroffenen versehen, in denen erklärt wurde, warum diese nicht dabei sein konnten oder wollten. (gr)





Die Atommüllwelle

Die Konzeptlosigkeit bei der längeren Zwischenlagerung trifft Ahaus besonders hart

Ahaus Wenn es um die Atompolitik der Bundesregierung ging, standen jahrelang die beinahe regelmäßigen Castortransporte nach Gorleben im Fokus der Aufmerksamkeit sowohl des wendländischen Widerstands wie auch der Öffentlichkeit. Das und die auf den letzten Gorleben-Castor folgende so genannte „neue Endlagersuche“ überdeckten bisweilen die kontinuierliche Arbeit anderer Anti-Atom-Initiativen. Zu Unrecht! Denn im Zuge der Diskussion um die verlängerte Zwischenlagerung gerät vor allem ein Standort in den Fokus der Atomgegner: das zentrale Zwischenlager in Ahaus. **Felix Ruwe** von der dortigen Bürgerinitiative erklärt, warum.

Die Castortransporte nach Gorleben sind bis auf Weiteres ausgesetzt, Ahaus dagegen steht in den nächsten Jahren eine heiße Phase bevor. In dem zentralen Zwischenlager im Münsterland lagern schon jetzt 305 Behälter CASTOR THTR/AVR mit rund 600 000 Brennelement-Kugeln aus Hamm-Uentrop, sowie insgesamt 24 Castoren mit Brennelementen aus Gundremmingen, Neckarwestheim und Dresden/Rossendorf. ↻¹

Die Menge zusätzlichen Atommülls, die in den kommenden Jahren auf Ahaus zurollen könnte, ist gewaltig – und sie kommt aus allen Himmelsrichtungen: So sind in den letzten Jahren in diver-

sen Zwischenlagern in Deutschland Rostfässer entdeckt worden, die in Duisburg neu konditioniert werden und dann nach Ahaus verschoben werden sollen, obwohl derzeit nur eine Lagergenehmigung bis 2020 besteht. Dabei soll dasselbe Verfahren angewandt werden, das überhaupt erst zur Korrosion in den schadhafte Gebinden geführt hat: Verfüllung der Atommüllfässer mit – feuchtem! – Beton oder Zement. So könnte sich in den Fässern erneut eine höchst aggressive Lösung bilden, die Eisen- oder Edelstahl-Fässer korrodieren lässt. Mit der Einlagerung der neu konditionierten Fässer wird die „Verlängerungsgenehmigung“ für Ahaus voraus-

gesetzt, die eigentlich in einem ordentlichen Verfahren erst erarbeitet werden müsste. Damit ist nach Ansicht der BI-Ahaus das gesamte Genehmigungsverfahren inklusive der Umweltverträglichkeitsprüfung eine Farce. ↻²

Doch damit nicht genug, auch die Forschungseinrichtungen in Deutschland möchten ihren Müll möglichst rasch nach Ahaus bringen: 152 Castoren aus Jülich ↻³, 30 Behälter aus Garching ↻⁴, und auch das Helmholtz-Zentrum in Berlin ↻⁵ hat Bedarf ab 2023 angekündigt. Niemand ist so vermessen, ein Berliner Atommüll-Zwischenlager zu fordern, aber bei der unsicheren Langzeitprognose für Ahaus müssen sich die



Verantwortlichen fragen lassen, ob Ahaus die klügste Lösung ist. Aus La Hague sollen zudem rund 150 Behälter mit Brennelementhüllen und Strukturteilen in das Brennelemente-Zwischenlager Ahaus (BZA) kommen. Dieser Atommüll ist nicht „konradgänglich“ und muss eines Tages in ein Endlager für hochradioaktive Abfälle verbracht werden – wenn das denn dereinst gefunden ist.

Interessant ist der Blick auf die 152 Castoren aus Jülich: Das Forschungszentrum möchte sie trotz schlecht dokumentierten Inhalts (Kritiker sagen: mit gefälschten Papieren) nach Ahaus verschieben, weil Jülich „ein Forschungsstandort von Weltruf“ ist. Nur ohne den störenden Atommüll könnten Wissenschaftler aus aller Welt nach Jülich verpflichtet werden. Der Atommüll bedrohe die Forschung in Jülich, nicht die Menschen in Ahaus. Nach Jülicher Lesart muss der Müll dort also weg. Von Seiten der Politik wird dabei seit Jahren behauptet, dass drei Optionen gleichwertig behandelt würden:

Zum einen die Verschiebung der

152 Castoren von Jülich nach Ahaus. Diese Option wird von den Betreibern des Forschungszentrums und der Politik bevorzugt. Doch die Stadt Ahaus klagt mit immensem Aufwand gegen diese Transporte, und die Klage hat aufschiebende Wirkung. Das bleibt gerne unerwähnt, weil damit die zweite Variante, ein Neubau in Jülich, zur besten Lösung avanciert. Diese Option wird von den Betreibern konsequent hintertrieben. Zunächst durch angeblich enorme Kostensteigerungen, dann durch vorgebliche Schwierigkeiten, einen Platz für das neue Lager auf dem Gelände zu finden und schließlich mit der Angabe einer überzogen langen Planungs- und Bauzeit von zehn Jahren.

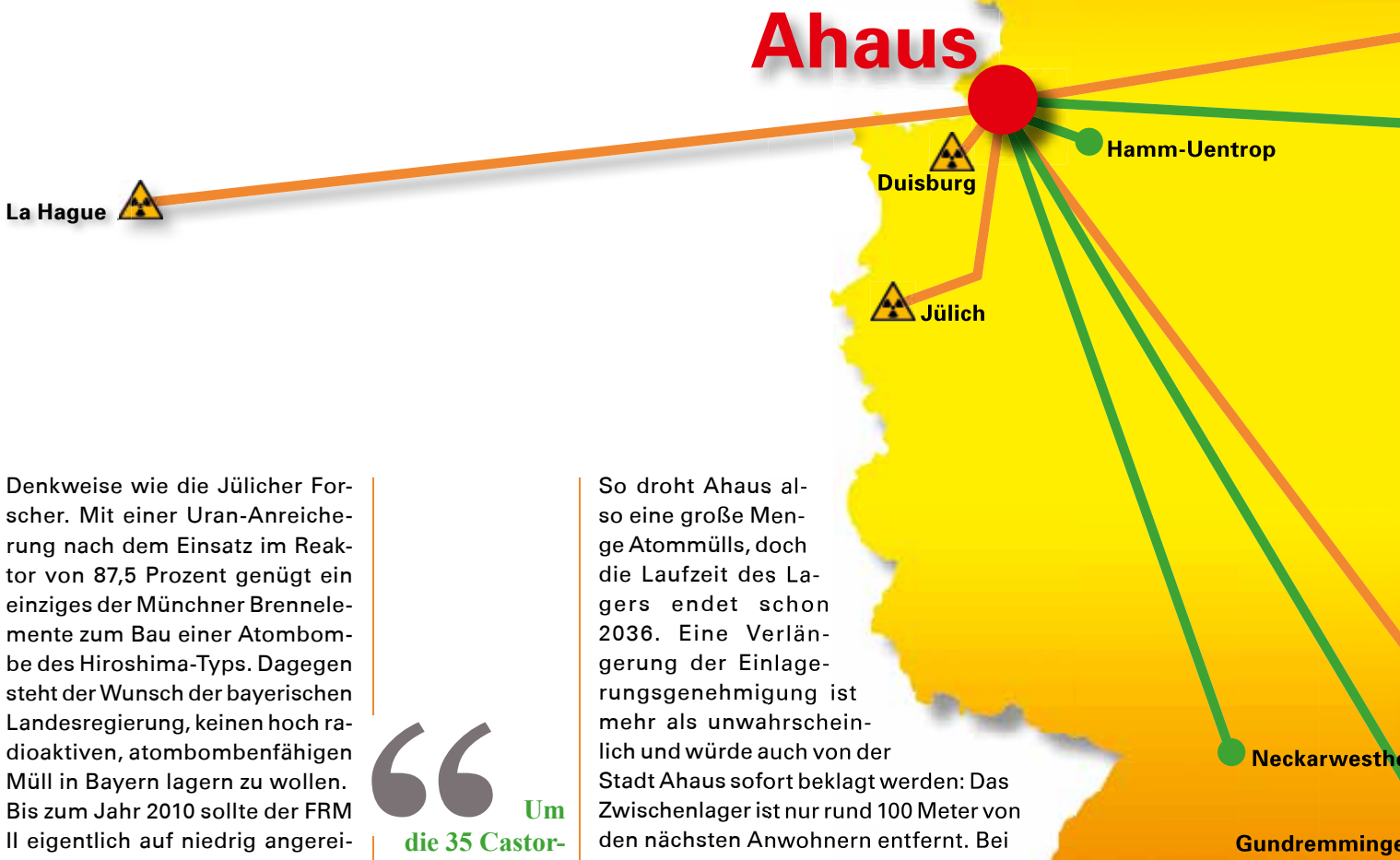
Bliebe als dritte Option der Export in die USA: Eigentlich ist der rechtlich ausgeschlossen, aber die Jülicher Wissenschaftler sind der Ansicht, dass sie einen „Forschungsreaktor“ ohne wirtschaftliches Ansinnen betrieben hätten – was den Export ausnahmsweise möglich machen würde. Allerdings ist der Inhalt der Castoren derart schlampig dokumentiert,



Felix Ruwe ist Sprecher der „BI Kein Atommüll in Ahaus“ und zudem Fraktionsvorsitzender der UWG im Kommunalparlament in Ahaus. Ruwe ist verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder. Bis zum Eintritt in den Ruhestand hat er als Lehrer am Berufskolleg für Technik in Ahaus gearbeitet.

dass ein Transport unrealistisch erscheint. In den Behältern wurden Brennelemente mit hoch angereichertem (HEU) und gering angereichertem Uran (LEU) gemischt. Weil aber nur HEU-Elemente ausnahmsweise exportiert werden dürften, LEU-Elemente aber in Jülich verbleiben müssten, wäre vor dem Transport eine saubere Trennung erforderlich – was nur schwer zu bewerkstelligen ist.

Erstaunlicherweise zeigen auch die Wissenschaftler des Forschungsreaktors München II in Garching (FRM II) die gleiche



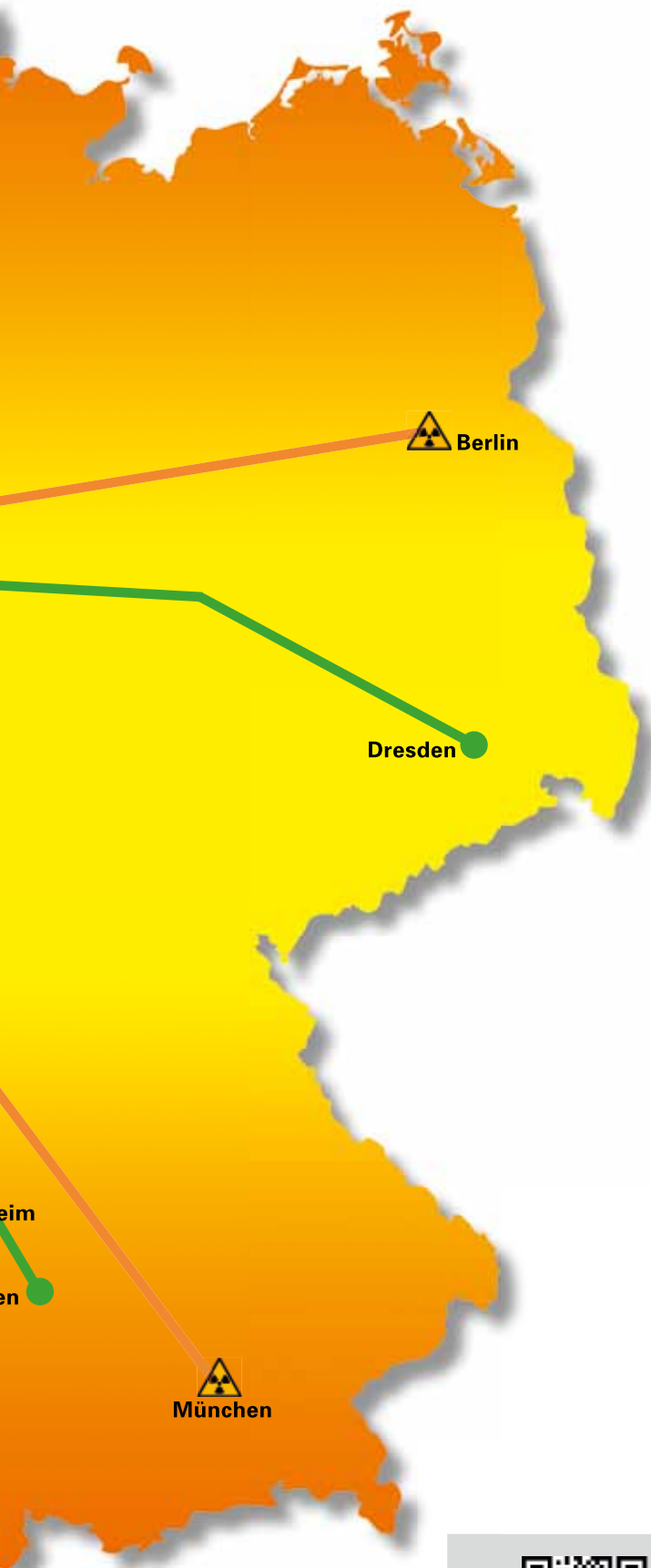
Denkweise wie die Jülicher Forscher. Mit einer Uran-Anreicherung nach dem Einsatz im Reaktor von 87,5 Prozent genügt ein einziges der Münchner Brennelemente zum Bau einer Atombombe des Hiroshima-Typs. Dagegen steht der Wunsch der bayerischen Landesregierung, keinen hoch radioaktiven, atombombenfähigen Müll in Bayern lagern zu wollen. Bis zum Jahr 2010 sollte der FRM II eigentlich auf niedrig angereichertes Uran (LEU) umgerüstet werden. Das ist bis heute nicht geschehen und auch nicht absehbar! Die Betreiber haben die Umrüstung von HEU auf LEU bewusst sabotiert, mehr noch: Sie sollten von Anfang an einen Prozess zur Abreicherung des HEU-Atommülls entwickeln. Auch damit ist nie begonnen worden. Begründung: „Wir kennen die Annahmebedingungen des Endlagers noch nicht.“

In Grenoble steht übrigens die Neutronenquelle des Instituts Laue Langevin, die noch mehr Möglichkeiten als der FRM II bietet. Dort ist Deutschland mit 20 Prozent beteiligt...

“ Um die 35 Castortransporte rollen in den nächsten Jahren nach Ahaus

So droht Ahaus also eine große Menge Atommülls, doch die Laufzeit des Lagers endet schon 2036. Eine Verlängerung der Einlagerungsgenehmigung ist mehr als unwahrscheinlich und würde auch von der Stadt Ahaus sofort beklagt werden: Das Zwischenlager ist nur rund 100 Meter von den nächsten Anwohnern entfernt. Bei nur 20 Zentimetern Wandstärke im oberen Bereich und ebenso geringer Deckenstärke ist die Halle nicht gegen gezielte Flugzeugabstürze gesichert. Fazit: Der Rost hat die Denk- und Arbeitsprozesse verantwortlicher Ämter und Politiker überholt. Die ersten 35 Jahre der Atomkraftnutzung in Deutschland hat die Politik das Problem der Endlagerung und damit die Notwendigkeit einer langen Zwischenlagerung verschlafen. Danach hat sie zehn Jahre wenig geleistet und nun hektisch ein gigantisches, unübersichtliches Netzwerk von Zuständigkeiten geschaffen! Zurzeit ist die Politik in Zugzwang, da handelnde Ämter und berufene Kommissionen zwar zuständig, aber nicht verantwortlich sind. Genaugenommen – das ist das Schlimme – ist niemand wirklich verantwortlich.





Das Zwischenlager Ahaus in Zahlen

Das Brennelemente Zwischenlager Ahaus (BZA) oder Transportbehälterlager Ahaus (TBL-A) ist eine WTI-Halle der ersten Generation (Wissenschaftlich-Technische Ingenieurberatung GmbH). Mit einer Wandstärke von 50 cm im unteren und nur 20 cm im oberen Bereich und einer Deckenstärke von auch nur 20 cm wäre diese Halle, die baugleich mit der Gorleben-Halle ist, nicht mehr genehmigungsfähig, wenn man die Bedingungen des Brunsbüttel-Urteils zu Grunde legt. Das BZA liegt nur rund 100 m von den nächsten Anwohnern entfernt. Es gibt keine „Heiße Zelle“ in Ahaus, sie ist vertraglich ausgeschlossen! Die Laufzeit des Lagers endet im Jahr 2036. Eine Verlängerung der Einlagerungsgenehmigung ist mehr als unwahrscheinlich und würde von der Stadt Ahaus sofort beklagt werden.

In Ahaus lagern schon jetzt:

305 CASTOR THTR/AVR aus Hamm-Uentrop mit rund 600 000 Brennelement-Kugeln (BE-Kugeln)

3 CASTOR V52 und 3 CASTOR V19 mit BE aus Gundremmingen und Neckarwestheim

18 CASTOR MTR-2 aus Dresden/Rossendorf



Geplante Transporte nach Ahaus:

152 CASTOR THTR/AVR mit rund 300 000 BE-Kugeln aus dem Forschungszentrum Jülich (FZJ) (die Stadt Ahaus klagt gegen die Einlagerung)

Circa 30 CASTOR MTR-3 aus dem Forschungsreaktor München in Garching (FRM II). Jeder Behälter enthält 5 BE mit 87,5 Prozent hoch angereichertem, waffenfähigem Uran (die Stadt Ahaus klagt gegen die Einlagerung)

Brennelemente des Experimentierreaktors BER II des Helmholtz-Zentrums Berlin

Circa 150 TGC 27-Behälter mit Brennelementhülsen und Strukturteilen aus La Hague

Schadhafte Behälter aus anderen Zwischenlagern, die in Duisburg „neu“ konditioniert werden



Linkliste

Alle Links zu dieser Ausgabe der GR:

➔ www.gorleben-rundschau.de/links

➔¹ https://www.bfe.bund.de/DE/ne/zwischenlager/zentral/ahaus/ahaus_node.html

➔² www.bi-ahaus.de

➔³ www.fz-juelich.de

➔⁴ <https://www.frm2.tum.de>

➔⁵ https://www.helmholtz-berlin.de/quellen/ber/index_de.html



13. Atommüllkonferenz

Transport & Lager

Szene Wenn Mitte September große Teile der Anti-Atom-Bewegung in Göttingen zur regelmäßig stattfindenden Atommüllkonferenz zusammenkommen, wird es auch dort um die verlängerte Zwischenlagerung aller Arten von strahlendem Abfall und um die geplanten Castortransporte ab 2019 gehen. **Andreas Conradt** stellt das Programm vor.

Schon seit vielen Jahren findet zweimal jährlich die „Atommüllkonferenz“ der Anti-Atom-Bewegung statt – jeweils eine im Frühjahr und eine im Herbst. Unmittelbar bevor steht also die diesjährige Herbstkonferenz – insgesamt die 13. Veranstaltung ihrer Art – am 22. September in Göttingen. Wie ihre Vorgänger ist sie ein fachlich-politisches, parteiunabhängiges Forum für Betroffene und Akteure von den Standorten, an denen Atommüll liegt oder an denen die Lagerung vorgesehen ist. Ausdrücklich erwünscht ist nach Angaben der Veranstalter/-innen die Teilnahme unabhän-

“ Eine Mischung aus Fakten, Erfahrungsaustausch und Absprache von Positionen

giger, kritischer Wissenschaftler/-innen und von Vertreter/-innen von Verbänden und NGOs, die sich mit diesem Thema beschäftigen. Wichtig sei, so kann man der Internetseite der Atommüllkonferenz entnehmen, eine Mischung aus Fakten, Erfahrungsaustausch und Absprache gemeinsamer Positionen und Vorhaben.

In den vergangenen Jahren wurde immer wieder über den Gesamtbestand an Atommüll in Deutschland diskutiert, wurden Vorträge gehalten zum französischen Endlagerprojekt in Bure, zum Scheitern der Endlagersuche in der Schweiz oder dem Themenkomplex „Abschaltung, Stilllegung, Abriss“. Auch die jeweilige Lage in Tschernobyl und Fukushima war immer wieder Thema, genauso wie die mangelhafte Öffentlichkeitsbeteiligung bei der so genannten neuen Endlagersuche in Deutschland.

In diesem Spätsommer also wird es um die verlängerte Zwischenlagerung und die verschiedenen Atomtransporte gehen, die

ab dem nächsten Jahr kreuz und quer durchs Land rollen. Denn ab 2019 sollen Castorbehälter aus England und Frankreich zurück nach Deutschland transportiert werden. Sie sollen in Standortzwischenlager von vier Atomkraftwerken verbracht werden. Nach Ansicht der Anti-Atom-Bewegung weisen diese Lager allerdings gravierende Sicherheitslücken auf. Bemängelt wird zudem, dass für die Einlagerungen keine Öffentlichkeitsbeteiligungen vorgesehen sind.

Ursula Schönberger von der AG Schacht Konrad informiert über die geplanten Transporte und die Situation an den Zwischenlagern. Hanna Poddig von der Initiative contraAtom ergänzt die Schilderung mit Erfahrungen bei den Protestaktionen zu den letzten Transporten von Obrigheim nach Neckarwestheim.

Auch die Situation an Deponie-Standorten für freigegebenen Atommüll soll thematisiert werden. Deutschlandweit konzentriert sich die Debatte um die Frei-



rung

gabepaxis vor allem auf die betroffenen Orte. Das Interesse der lokalen Medien ist beachtlich, darüber hinaus erhält das Thema jedoch so gut wie keine Aufmerksamkeit. Was spielt sich aktuell an den betroffenen Standorten ab? Wie ist die politische Situation? Wo lassen sich Unterschiede aufzeigen, wo Parallelen? Und wie ist es um die Vernetzung der Initiativen bestellt? Fragen, denen Angela Wolff von der BI Harislee nachgehen möchte.

Zusätzlich soll eine schon Anfang des Jahres begonnene Diskussion über Positionen und Forderungen zu Zwischenlagern für hoch radioaktive Abfälle abgeschlossen werden.

In der Arbeitsgruppe „Freimesen / Strahlenschutz“ soll die Vernetzung von Initiativen an Depo- nie-Standorten verbessert und der aktuelle Referentenentwurf einer neuen Strahlenschutzverordnung beleuchtet werden.

Denn nach der Novellierung des deutschen Strahlenschutzrechts im letzten Jahr gibt es nun auch

die erwarteten Änderungen in der Strahlenschutzverordnung. Doch der Referentenentwurf vom Mai dieses Jahres unterscheidet sich in Inhalt und Umfang wesentlich von der derzeit noch gültigen Fassung. Nunmehr sind der Freigabe von strahlendem Abfall zwölf Paragraphen gewidmet! Dr. Werner Neumann hat eine umfangreiche Stellungnahme des BUND mitverfasst und stellt in Göttingen markante Änderungen vor: Es zeichnet sich offenbar eine neue Taktik ab, bei der mit Hilfe von Gutachten Einzelfallregelungen legitimiert werden sollen. Neumann erläutert die grundsätzliche Kritik an der deutschen Freigaberegulierung mit Hilfe von Müllverbrennungsanlagen und Metallschmelzen sowie an der uneingeschränkten Freigabe.

Jörg Wolff aus Harrislee schließlich unterbreitet Vorschläge, wie ein gemeinsamer, standortübergreifender Widerstand gegen die Freigabepaxis aussehen und welche gemeinsame Ziele und Positionen formuliert werden könnten.

Atommüllkonferenz Herbst 2018

22. September 2018, 11 bis 17 Uhr
Volkshochschule Göttingen
Bahnhofsallee 7, 37081 Göttingen

Anmeldung

unter anmeldung@atommuellkonferenz.de

Kostenbeitrag

Zur Finanzierung bitten die Veranstalter/-innen um einen Kostenbeitrag von 25 Euro (inkl. Tagungsgetränken und -imbiss).

Überweisung bitte an

Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V.
GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE76 4306 0967 4067 8836 00
Stichwort: AMK

Alle Infos

zu Programm, Organisation und Anreise sowie aktuelle Veranstaltungshinweise zum Thema Atommüll auf www.atommuellkonferenz.de

Kontakt und Koordination

Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V.
Bleckenstedter Strasse 14a, 38239 Salzgitter
Tel.: 05341 - 900 194
Mail: info@atommuellkonferenz.de



Wellness in „Bad Gorleben“

Was tun mit dem Salzstock, wenn Gorleben aus dem Suchverfahren fällt?

Vision Salzbergwerke in Krakau, Merkers und Berchtesgaden könnten Vorbilder für Gorleben sein. Für den Tag, an dem das endgültige Aus für ein Atommüllendlager in Gorleben kommt, sollten wir uns schon jetzt Gedanken über eine sinnvolle Nachnutzung des Erkundungsbergwerks machen. Anderenfalls droht eine Nutzung für Chemiemüll oder eine andere Schweinerei! Dieter Schaarschmidt hat sich umgesehen, wie andere Salz-Bergwerke einer Nachnutzung zugeführt wurden.

Wer gesehen hat, welche wunderbaren Dinge in einem Salzbergwerk möglich sind, wird sich wundern, warum wir uns so lange am Thema Atommüll festgebissen haben.

» Weltkulturerbe bei Krakau

Keine Frage, Krakau ist eine Reise wert: Die Burg, die Altstadt, 140 Kirchen und viele Museen laden zum Besuch der vom Krieg fast ganz verschonten Hansestadt an der Weichsel ein. Doch wer hat schon einmal von dem ältesten und weltberühmten Salzbergwerk Wieliczka bei Krakau gehört? Eine Gruppe von sechzehn Wendländer/-innen hat die Touristenattraktion erkundet, um zu überlegen, ob dortige Ideen auf die Nachnutzung des Gorlebener Erkundungsbergwerkes übertragbar sind.

Die Zahlen und Fakten des Bergwerkes in Polen sind beeindruckend. Bereits vor 5000 Jahren wurde an der Erdoberfläche Salz gesiedet, ab dem 13. Jahrhundert begann der Salzbergbau, der über 900 Jahre zum Reichtum Polens beitrug und sich wegen der Sagen und Mythen um das Bergwerk zu einem Nationalheiligtum entwickelte. Seit 1978 gehört das Bergwerk als einer der ersten drei Orte Polens zum Weltkulturerbe.

Auch der Tourismus in Wieliczka begann schon früh, allerdings war er damals nur Prominenten und Wissenschaftlern vorbehalten. Für den Besuch von Königen und Kaisern wurden prächtige Salzsäle mit Skulpturen angefertigt. Wegen der starken Gläubigkeit unter den Bergleuten entstanden im Laufe der Zeit über 40 Kapellen in dem 300 Kilometer langen Tunnelsystem mit seinen 2000 Abbauräumen.

Der berühmteste Sohn der Stadt Krakau, Nicolai Kopernikus, war

bereits im 15. Jahrhundert zu Gast, während es Wolfgang Goethe 1790 in die Grube lockte. Beide sind heute als überlebensgroße Salzsulpturen verewigt. Auffallend ist die dunkle Farbe des Salzes in Wieliczka. Das mit 13 Millionen Jahren sehr junge Steinsalz hat nirgendwo die sonst bekannte rosa Einfärbung. Es ist, bis auf kleine Vorkommen durchsichtiger Salzkristalle in einigen Salzgrotten, grau, grün bis schwarz.

Die normale Touristenroute durch den gut erschlossenen Bereich dauert zweieinhalb Stunden. Die Führung wird in vielen Sprachen angeboten. Im vergangenen Jahr kamen über 1,1 Millionen Besucher. Dafür sind 500 Reiseführer im Einsatz und 500 Bergleute sind noch heute mit bergmännischen Tätigkeiten beschäftigt, obwohl der kommerzielle Salzbergbau vor einigen Jahren eingestellt wurde. Ein Highlight für die Wendländer/-innen war das Mittagessen in einem Festsaal 130 Meter unter Tage. Der bis zu 160 Personen fassende Raum wird gerne für Feierlichkeiten aller Art gemietet. Besonders faszinieren dort der edle Salz-Fußboden, der eher an Granit oder Marmor erinnert, und die Kristallkronleuchter, die mit durchsichtigen Salzkristallen verziert sind.

Wer Glück hat, kann auch die Heilstollen von Wieliczka besichtigen, die normalerweise nur für Patienten zugänglich sind. Einige Monate Wartezeit müssen sie in Kauf nehmen, um zum Beispiel eine 15-tägige Behandlung auf Krankenschein zu erhalten. Rund 130 Patienten mit Atemwegserkrankungen kommen so täglich für sechs Stunden in den Heilstollen mit Solesee in 135 Metern Tiefe. Seit Kurzem gibt es für besondere Heilzwecke sogar 35 Übernachtungsplätze, die zunehmend auch von ausländischen Patienten



Große Halle (links) und Steganlage mit Ruderbooten (oben) im Salzstock Turda im rumänischen Transsylvanien

in Anspruch genommen werden. Deutlich wurde bei dem Besuch, dass der Heilbereich noch Potenzial für Verbesserungen hat, was für die Nachnutzung von Gorleben eine besondere Chance sein könnte, zumal in den Tiefen des Gorlebener Bergwerks statt nur 15 Grad wesentlich angenehmere Temperaturen um die 30 Grad herrschen, was für viele Heilzwecke förderlich ist. Und da es auch in Gorleben verschiedene Erkundungsebenen gibt, wäre auch hier eine Trennung von Heilbereich und einem touristischem Vergnügungsbereich gut möglich. Sollte das geplante Weltkulturerbe der Rundlingsdörfer im Wendland neue Touristen anziehen, könnte ein Heil- und Erlebnisbereich in Gorleben die Besucher zu einem mehrtägigen Aufenthalt im Wendland bewegen.

» Im Erlebnisbergwerk Merkers

In der Nähe von Bad Hersfeld geht es nicht ganz so massentouristisch zu, wie in Krakau. Dafür sind die Verhältnisse moderner und viel eher mit dem Bergwerk in Gorleben zu vergleichen. Merkers ist ein ausgedientes Kalisalzbergwerk der K&S Salzindustrie. In der Umgebung sind noch viele Salzbergwerke aktiv, und die riesigen Salzhalden prägen das Landschaftsbild der Region.

Die Schächte und Stollen sind mit 500 bis 800 Meter Tiefe vergleichbar mit Gorleben. Trotzdem wird die angenehme Wärme nicht für Heilzwecke genutzt, die Ausrichtung der Nachnutzung ist eher technisch. So gibt es einerseits ein Salzbergwerksmuseum und andererseits einen Konzertsaal für 1400 Personen, der durch Auftritte bekannter Popgruppen zu einem Besuchermagnet für junge Leute geworden ist. Die Masse der 80 000 Besucher pro Jahr bilden aber Schulklassen, die eine Erlebnistour buchen. Sie werden mit großen Geländewagen durch das riesige Stollensystem gefahren, und sie besuchen die Konzerthalle mit Lightshow, den Klet-

tergarten, die Gold- und Kunstschatzkammer der Nazis und die Kristallgrotte mit ihren riesigen Salzkristallen.

» Rutsche und Heilstollen in Berchtesgaden

Das Besucherbergwerk in Berchtesgaden unweit von Bad Reichenhall und Salzburg ist seitlich in den Berg getrieben. Eine Grubenbahn bringt die Besucher in die Salzstollen, in denen kühle 12 Grad herrschen und wohlige Heilung nur eingemummelt in Wolldecken stattfindet. Der Besucher kann die so genannte Salzwelt mit 40 Meter langen Holzrutschen erleben, findet Salzseen mit Light-

show und eine Kristallgrotte. Ein Restaurant und Festveranstaltungen sind ebenfalls im Angebot. Auch hier hat der Tourismus schon eine lange Tradition. Seit über 100 Jahren ist das Bergwerk für Besucher offen, obwohl es auch heute noch im aktiven Betrieb ist.

Von den 320 000 Besuchern pro Jahr kommen etwa 15 000 wegen der gesundheitsfördernden Wirkung der Salz-Heilstollen nach Berchtesgaden. Dadurch erst wurde in Deutschland die heilende Wirkung von Salz und Sole einem breiteren Publikum bekannt. Was Heilbehandlungen angeht, kann Gorleben sicher einiges von Berchtesgaden lernen.



Tropische Salztherme Gorleben Projektskizze für die Nachnutzung des ehemaligen Erkundungsbergwerks

Dort, wo ursprünglich einmal heißer, hochradioaktiver Atommüll gelagert werden sollte, könnte jetzt ein attraktives Projekt für Erlebnistourismus in Kombination mit untertägigen Heilstollen eingerichtet werden.

Sowohl die obertägigen Anlagen wie Kantine, Umkleidekabine, Büros, wie auch die Schächte, die Bewetterungsanlage und Teile der aufgefahrenen Salzstollen könnten genutzt werden. Auch viele der bisherigen Arbeitsplätze für Bergleute und das sonstige Personal könnten erhalten bleiben. Durch die verschiedenen bisher entstandenen Ebenen im Salzstock könnten laute Erlebnis- und kinderorientierte Bereiche gut von ruhigen Wellness- und Heilbereichen getrennt werden. Die Bereiche befinden sich in 820, 840 und 930 Metern Tiefe, wobei der räumlich größte Bereich auf 840 Metern mit einer medizinisch nutzbaren Temperatur von etwa 38 Grad liegt.

Erlebnissbereich: längste Rutsche der Welt, Spaßbad mit Süßwasser, Kletterbereich, Salz-Schürf-Bereich, Restaurant und Festsaal für große Festgesellschaften

Wellnessbereich mit Übergang zum Heilbereich: Sauna Salzgrotten, Solebäder mit verschiedenen Solekonzentrationen und Solesee mit gesättigter Sole. Massage, Masken, Peeling, Packungen und Beauty Bereich. Im Heilbereich werden Behandlungen für Atemwegs- und Hautkrankheiten, Allergien und organische Beschwerden durchgeführt. In einem Schlaftrakt werden Einzel- und Mehrbettzimmer für 50 Übernachtungsgäste eingerichtet, für die eine 24-Stunden-Behandlung förderlich ist. In einer Klang-Sole-Kammer wird bei 37 Grad eine spezielle Schwerelosigkeit-Therapie angeboten.

Größe und Kapazität der Salz-Erlebnisswelt werden auf maximal 2000 Tagesbesucher (730 000 pro Jahr) ausgelegt, da der Engpass der Schachtfahranlage einen größeren Massenbetrieb wohl kaum zulässt. Zum Vergleich: Im Großprojekt Tropical Islands werden 900 000 Besucher pro Jahr gezählt, im Salzbergwerk Wieliczka bei Krakau sogar 1 Million.

Wer Interesse am Thema hat, kann Dieter Schaarschmidt zu einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung einladen: Wendland-Wind@t-online.de

Spaß-AKWs

Die „Tropische Salztherme Gorleben“ wäre nicht die einzige touristisch genutzte Atom-Ruine

Gorleben als Heilstollen, als Wellnesstempel und Erlebnispark, wäre nicht nur nicht das einzige touristisch genutzte Salzbergwerk, es wäre auch nicht die einzige Ruine des Atomzeitalters, die – wenn auch der Not gehorchend – für Besucher geöffnet und einer völlig anderen Nutzung zugeführt würde.

Das Kernkraftwerk Zwentendorf in Österreich schrieb in den Siebzigerjahren Zeitgeschichte und ist ein Lehrstück dortiger Politik. Als weltweit einziges AKW wurde Zwentendorf fertig gebaut, aber aufgrund einer Volksabstimmung niemals in Betrieb genommen. Es kostete inklusive der Erhaltungskosten bis zur „stillen Liquidierung“ insgesamt 1,02 Milliarden Euro. Heute befindet sich auf dem AKW-Gelände ein einzigartiges Biotop direkt an der Donau. Vom neuen Besitzer EVN wird das ehemalige Kraftwerk als Location für Film- und Fotoaufnahmen angeboten, als Ort für Feiern und Tagungen und als Kulisse für Musikveranstaltungen. Auch Führungen für Schulen, Universitäten und Privatleute sind im Programm. Zwentendorf macht Geschichte im wahrsten Sinne des Wortes „begreifbar“. Dass dieser Ort die Menschen fasziniert, zeigen die Tausende Besucher.

Im Laufe der Jahre wurde die Kraftwerksanlage zudem zum Schulungsreaktor umgerüstet. Unter realistischen Bedingungen können hier von Ingenieuren Wartungs-, Reparatur- und Rückbauarbeiten trainiert werden.

Rund 1500 Kilometer nordwestlich, in Deutschland, aber dicht an der Grenze zu den Niederlanden, liegt, inmitten von hübsch anzusehenden Teichen und Grünanlagen, das Wunderland Kalkar.

Der Multikomplex ist aus dem ehemaligen, nie ans Netz gegangenen „Schnellen Brüter“ entstanden. Wegen sicherheitstechnischer Bedenken und massiven Widerstands aus der gesamten Bundesrepublik wurde das Projekt 1991 eingestellt. Durch die gewaltigen Kosten beim Bau und bei der anschließenden Bereithaltung für einen eventuellen späteren Betrieb wurde das Kraftwerk eine der größten Investitionsruinen Deutschlands. Im Jahre 1995 kaufte der Niederländer Hennie van der Most die Industrieanlage am unteren Niederrhein und begann mit dem Aufbau einer Erholungs- und Freizeitanlage der besonderen Art. Heute finden sich auf dem ehemaligen AKW-Gelände komfortable Hotelzimmer, gemütliche Restaurants, abwechslungsreiche Bars und urige Kneipen sowie ein kunterbunter Familienpark – weithin sichtbar durch den immer noch existierende, inzwischen freundlich bemalten Kühlturm. Er dient heute als Kletterwand und als Location für eine fast schon gruselige Achterbahn.



Oben: ehem. AKW Zwentendorf
Unten: ehem. Schneller Brüter Kalkar



Neunzehnhundertachtundsechzig 68er- und 77er-Fragestunde

Gedanken zur Zeit
von Axel Kahrs



Rudi Dutschke am 21. Februar 1968

Das hannoversche Wendland schlummerte 1968 in seinem Dornröschenschlaf an der Dornenhecke zur DDR, während in Berlin und anderswo die jungen Leute auf die Straße gingen. Es war der Protest gegen die Professoren-Talare, unter denen der „Muff von tausend Jahren“ stecken sollte, es war die Sehnsucht nach sexueller Befreiung, zu hören in den Rock-Songs, die „no satisfaction“ beklagten, es war die ernste Sorge um eine Demokratie, die von den Notstandsgesetzen der übermächtigen CDU/SPD-Koalition bedroht schien, die man nur als „Außerparlamentarische Opposition“ (APO) bekämpfen konnte, und es war das Erschrecken über die braunen Schatten der Vergangenheit – das alles verdichtete sich in den geistigen Zentren des Landes, in den Hochschulen, Verlagen, Medien, in neu gegründeten Debattier-Zirkeln und oppositionellen Clubs. Nichts davon fand sich im Wendland, wo weder eine kritische Jugendbewegung noch die Marktplätze für Proteste und Versammlungen bereitstanden.

Doch keine zehn Jahre später war diese strukturkonservative, vergessene Zonenrandregion ein bundesweites Zentrum für einen Protest, der weit über örtliche Fragen hinausging und heute im öffentlichen Bewusstsein fest verankert ist, nicht nur mit einer eigenen Abteilung im Bonner „Haus der Geschichte.“ Die ersten Dokumentationen über den Gorleben-Protest nannten sich „Bericht aus dem Inneren der Unruhe“ (Hans Christoph Buch) oder „Briefe aus einer belagerten Provinz“ (Karl F. Kassel). Hatte die 68er-Bewegung hier also einen Ableger bekommen, verlagerten

sich die Proteste nun vom Zentrum in die Peripherie? Aber zwischen '68 und '77, dem Jahr der Standortbenennung, liegt die „bleierne Zeit“, das Jahrzehnt, in dem die RAF, der radikalste Auswuchs der Studentenbewegung, den Staat mit brutalem Terror in die Knie zwingen wollte. Daher war es kein Versehen, dass der damalige Oberkreisdirektor Paasche die hier lebenden und im Gorleben-Protest aktiven Künstler als „Gesinnungsgenossen“ sowie „Nachfolger und Fortentwickler der früheren APO und der deutschen Terrorszene“ brandmarkte. Das waren „Alleinstellungsmerkmale“, die zu den damaligen Zeiten so manche Karriere beenden konnten ...

Es wäre Zeit, einmal einen Vergleich dieser mittlerweile historischen Bewegungen zu versuchen – was trennte sie? Die eher aus der Mitte der Gesellschaft stammenden und handlungsorientierten Bürgerinitiativen aller Alters und der international agierende Protest einer theoriebefangenen Jugend? Kurzlebigkeit, Utopie und Radikalisierung hier, Langmut, Augenmaß und Ausdauer bei generellem Gewaltverzicht dort? Was hatten sie gemeinsam? Waren es Mut, Engagement, Kreativität, Zivilcourage, Leiden an der Gegenwart und die Sehnsucht nach besseren Zeiten, das „Prinzip Hoffnung“, der „Traum von einer Sache“?

Vielleicht erfahren wir mehr, wenn im November, Januar und Februar in Hamburg eine neue Auflage von „Lesen ohne Atomstrom“ buchstäblich über die Bühnen geht. Thema 40 Jahre nach '68 und ein Jahr nach G20: Protest und Widerstand.

P!nk
What About Us?

Gedanken zum Song
 von Nora Krohn



We are searchlights,
 we can see in the dark
 We are rockets,
 pointed up at the stars
 We are billions
 of beautiful hearts
 And you sold us
 down the river too far

What about us?
What about all the times you said
you had the answers?
What about us?
What about all the broken happy
ever afters?
What about us?
What about all the plans that
ended in disaster?
What about love?
What about trust?
What about us?

We are problems
 that want to be solved
 We are children
 that need to be loved
 We were willing,
 we came when you called
 But man, you fooled us,
enough is enough!

What about us?

...

Sticks and stones they may
 Break these bones but then
 I'll be ready – are you ready?
 It's the start of us,
 waking up – come on
 Are you ready? I'll be ready
 I don't want control,
 I want to let go
 Are you ready? I'll be ready
 Cause now it's time
 to let them know
We are ready!

geschrieben von P!nk, Steve
 Mac und Johnny McDaid

2017 erschienen auf dem Album
 Beautiful Trauma

Samstagabend. Kurz vor elf. Ich steige aus dem Zug und werde sanft von der warmen Göttinger Nachtluft empfangen. Ich schiebe mein Rad zum Fahrstuhl, dessen gläserner Quader sich gerade in mein Sichtfeld schiebt. Darin eine ältere Dame mit Rollator. Sie rollt mir entgegen und fragt mich, ob dies der Zug nach München über Wien sei. Ich schaue auf die Anzeige: Der Zug fährt in den Harz. Ich schaue die Frau an. Sie trägt einen königsblauen Überwurf, beide Beine sind komplett bandagiert. Die verbundenen Füße stecken in Badelatschen. Alarmglocken schrillen stumm in meinem Kopf. Und ihre Frage hallt in meinen Ohren: Über Wien nach München? Freundlich überzeuge ich sie, dass wir gemeinsam wieder nach unten fahren. Hilfesuchend blicke ich mich um. Infopoint: geschlossen. Reisezentrum: geschlossen. Bahnhofsmiession: geschlossen. Es kann doch nicht sein, dass es nachts keine offene offizielle Stelle hier am Bahnhof gibt.

Ein DAK-Brief, das einzige Dokument, das Frau Meier bei sich trägt, verrät, dass sie tatsächlich in München wohnt. Sie ist sehr aufgebracht, aber der Verdacht der Demenz entkräftigt sich zusehends. Die Geschichten bleiben konsistent, ebenso die Namen. Doch das ist keine gute Nachricht, denn je mehr Glauben ich ihren Erzählungen schenke, desto fassungsloser werde ich. Sie erzählt, sie hätte nun schon drei Nächte nicht geschlafen.

Die Bundespolizei hält des nächtens allein die Stellung am Bahnhof. So nehmen sie sich – obwohl Frau Meier nun wirklich nicht in ihre Zuständigkeit fällt – des Falls an, denn die anderen Institutionen, die eigentlich zuständig wären, haben sie abgewiesen, schieben sie zwischen sich hin und her, sodass eine vor dem 2. Weltkrieg geborene ältere Dame samstags mitten in der Nacht am Göttinger Bahnhof strandet.

Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt, aber unsere Gesellschaft scheint dennoch nicht in der Lage zu sein, ein engmaschiges, solides und menschenwürdiges Netz zu schaffen, das alle verlässlich auffängt. Es ist jedoch weniger eine grundsätzliche Unfähigkeit, als ein Unwille. Unterfinanzierte Sozialsysteme sollen als Wirtschaftsunternehmen Profite abwerfen, und dafür werden nicht nur die Würde und die Menschlichkeit mit Füßen getreten, es wird gar über Leichen gegangen.

In meiner verzweifelten Empörung finde ich musikalischen Beistand in P!nks Song „What About Us“. In einen unruhig-wabernden, sphärisch-hallenden Klangteppich mischt sich wie aus der Ferne näherkommend ungewohnt zart P!nks Stimme. Zum Refrain beschleunigt ein treibender Beat das Tempo, ihre herausfordernden Fragen scheinen von tief innen zu kommen, so gewinnt P!nks Gesang durch ihre spürbare Wut an Kraft.

P!nk hat diesen Protestsong im August 2017 veröffentlicht – also im ersten Jahr von Trumps Präsidentschaft. Ein vorwurfsvoller Aufschrei gegen die skrupellosen Mächtigen, die den „kleinen Leuten“ das Blaue vom Himmel versprechen, um an die Macht zu kommen, sie dann jedoch im großen Stil verraten.

Ein Weckruf, aus der Hängematte der Lethargie der letzten Dekaden aufzuwachen, in denen wir uns zu sehr zurückgelehnt haben – die Demokratie in Sicherheit wärend und uns in Bequemlichkeit wiegend.



Gorleben: real, im Film, auf der Bühne

Portrait Peter Bauhaus kam – wie viele seiner Generation – mit Berliner Freunden ins Wendland, lange bevor es in Gorleben losging. Knapp 40 Jahre später blickt Helga Wallat auf Peters zahlreiche und unübersehbare Einflüsse auf den Widerstand.

1979 zog Peter mit seiner Familie endgültig nach Lüchow-Dannenberg. Damals gab es hier günstige Bauernhäuser zu mieten. Seine berufliche Tätigkeit als freier Drehbuchautor für verschiedene Fernsehsender erleichterte den Umzug auf's Land.

Die Platzbesetzung und das Hütendorf 1004 erlebten er und seine Familie schon als „Hiesige“ und unterstützten die Besetzer logistisch. Peters Engagement für den Gorleben-Widerstand entwickelte sich sehr zügig: Aus dem einfachen Mitglied der BI-Ortsgruppe Dannenberg wurde schnell deren Sprecher im damaligen „Erweiterten Vorstand“. Tätigkeiten als BI-Schriftführer und Pressesprecher folgten. Berufliche Erfahrungen und „Handwerkzeug“ im Bereich Werbung nutzte er für die Entwicklung fantasievoller Aktionen und deren öffentlichkeitswirksamer „Bewerbung“.

“ Sie befinden sich in bester Gesellschaft

Sein Motto: „Die Kultivierung von Schlitzohrigkeit“.

So zweckentfremdete die Dannenberger BI-Gruppe das Kürzel der Deutsche Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen und nannte ihren Laden fortan DWK – Dannenberger-Widerstands-Kontor.

Da wurden mit einem Fußmarsch nach Hannover („erst 10, dann 100, schließlich 1000“) hundert Kreuze vor dem Niedersächsischen Landtag aufgestellt oder es landete bei einer Kreistagsabstimmung zur geplanten WAA in Dragahn blutiges Geld auf dem Tisch der Abgeordneten. „Blutgeld“ in Anspielung auf die Gorlebengelder, mit Peters echtem Blut!

Und natürlich die Castor-Mobilisierungsfilme „Tach X“ (seinerzeit ein bundesweiter Kinotrailer), „Du schreibst Geschichte“ und „Gorleben lebt“. Auch sie waren Peters Werk.

„Sie befinden sich in bester Gesellschaft“ war ein Satz, den Peter in jede der großformatigen Castor-Anzeigen einrückte. Eine freundliche Einladung: Demonstrieren Sie ruhig mit!

Peter engagierte sich auch in der kulturellen Szene des Wendlands.

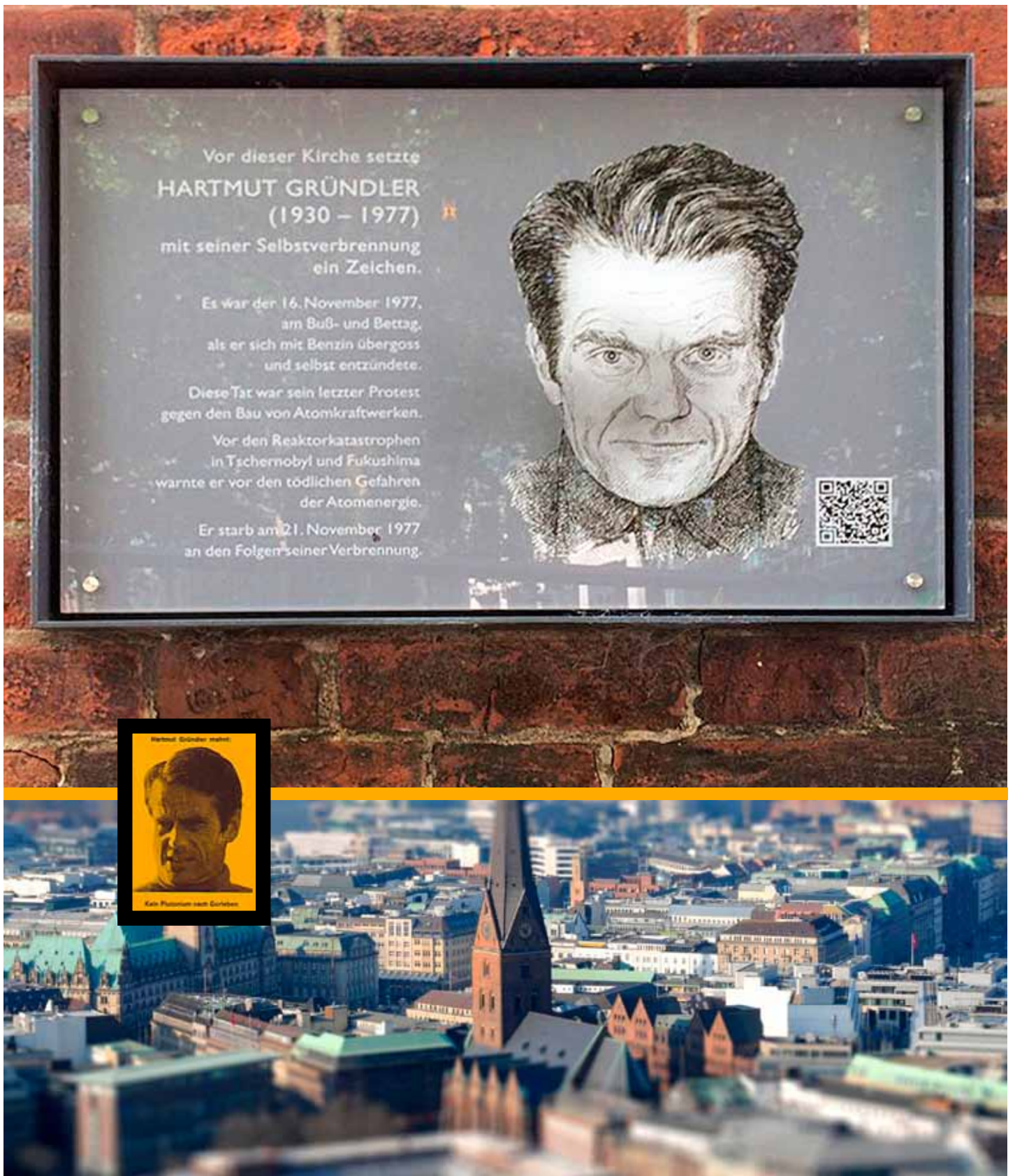
Im Kulturverein Platenlaase konnte er berufliche und politische Interessen verbinden – im Vorstand des Vereins und als Autor und Regisseur von Theaterstücken für Kinder und Erwachsene (u.a. einige der Platenlaasener „Weihnachtsmärchen“). Er war Gründungsmitglied der Freien Bühne Wendland und agierte dort als Stückeschreiber, Regisseur und Schauspieler.

Die veränderte politische Situation des Widerstands nach dem vorläufigen Ende der Castortransporte verarbeitete Peter zu einem theatralischen Publikumsrenner: „Gutes Wendland – Schlechtes Wendland“.

Aus der aktiven Arbeit der BI hat sich Peter zwar zurückgezogen, wenn die BI aber zu Aktionen ruft, ist er aber dabei. Seine unbedingte Hoffnung: dass die Rechnung der Politik, der Widerstand würde durch das Aussetzen der Castor-Transporte befriedet, nicht aufgeht.

Aktuell engagiert sich Peter für den Hospiz-Verein Lüchow-Dannenberg – als Sterbebegleiter und als Leiter einer von ihm initiierten „Trauerwerkstatt für Männer“. Nicht zuletzt als Profi für die Öffentlichkeitsarbeit.





Ein unscheinbares Schild hängt an der roten Backsteinfassade der Petrikirche in Hamburg – angebracht, um Hartmut Gründler ein Gesicht und ein Gedenken zu geben. Dieser hatte sich – nach Hungerstreiks und anderen gewaltfreien Protestaktionen – am Buß- und Betttag 1977 vor dem Gotteshaus verbrannt, weil er die Unwahrhaftigkeit in der Atomenergiepolitik nicht mehr ertrug. Er selbst nennt seine Aktion „... eine Tat nicht der Verzweiflung, sondern des Widerstandes und der Entschlossenheit. Er will dem Sachzwang der Profitgier, des Dummenfangs, der Überrumpelung hier, der Trägheit und Feigheit

dort einen Sachzwang des Gewissens entgegensetzen.“ (Flugblatt vom 14. November 1977). Erst viele Jahre später, nach den Katastrophen von Tschernobyl und Fukushima, fand Hartmut Gründler die erhoffte Aufmerksamkeit in einigen Zeitungen, so beispielsweise im April 2011 in der *Zeit*.

www.anti-atom-treck.de

Save the date!

20.10.2018



ASSE leerräumen – KONRAD aufgeben.

Liebe BI, jetzt will ich auch was tun!

Name..... Vorname.....
Straße..... Hausnummer.....
PLZ, Ort..... E-Mail.....
Datum..... Unterschrift.....

Ich möchte eins von über 1000 Mitgliedern der BI werden. Bitte schicken Sie den Aufnahmeantrag per Post oder E-Mail (Jahresbeitrag Standard: € 50; Familie: € 60; reduziert: € 15).

Ich möchte die „Gorleben Rundschau“ künftig regelmäßig (6 x im Jahr) und weiteres Informationsmaterial unregelmäßig zugeschickt bekommen (jew. kostenlos).

Ich unterstütze Sie mit einer (regelmäßigen) Spende. Bitte buchen Sie von meinem Konto ab:

einmalig EUR

monatlich EUR

Kontoinhaber..... Name der Bank.....

BIC..... IBAN.....

Ich möchte Ihnen meine Spende lieber per Überweisung oder Dauerauftrag zukommen lassen:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. • Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg

IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21 • BIC: NOLADE21UEL

Bitte das ausgefüllte Formular per Post an:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Rosenstraße 20, 29439 Lüchow

